

Zeitung

Wöchentlich 1½ bis 2 Bogen.
Zu beziehen durch alle Postanstalten und
Buchhandlungen.

Schlesische

Abonnementspreis ¼jährl. 1,75 M.
Einzelne Nummern 25 P. — Insertions-
gebühr die 4gespalt. Zeile 25 P.

Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift.

Organ des Schlesischen Lehrervereins, des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Schlesien sowie
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins und des Schlesischen Lehrervereins für Naturkunde.

No. 21.

Breslau, den 21. Mai 1908.

37. Jahrgang.

Inhalt: Über die Grundzüge des neuen Besoldungsgesetzes. — Über diese Grundzüge. — Die Staatszuschüsse zur Lehrerbesoldung in Preußen. — Bildung und Arbeit. (Schluß.) — Vereinigung für Schulpolitik. — Schlesischer Lehrerverein für Naturkunde. — Wochenschau. — Mitteilungen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Deutsches Lehrerheim zu Schreiberhau. — Rezensionen. — Städtisches Schulmuseum zu Breslau. — Briefkasten. — Anzeigen.

Über die Grundzüge des neuen Besoldungsgesetzes,

wie es von der Regierung geplant ist, erfährt die „Päd. Ztg.“ kurz vor dem Abschluß ihrer letzten Nummer folgendes:

Es ist beabsichtigt, vier Gehaltsklassen zu schaffen, nicht drei, wie es in der Veröffentlichung der „Köln. Volksztg.“ hieß, die vor einiger Zeit die Runde durch die Presse machte. Zur ersten Klasse sollen die Schulverbände bis zu 5000 Einwohnern gehören, zur zweiten die mit 5001 bis 10 000, zur dritten die mit 10 001 bis 40 040 und zur vierten die mit mehr als 40 000 Einwohnern. Es soll die in der jedesmaligen Volkszählung ermittelte Zahl der Zivilbevölkerung zugrunde gelegt werden.

Das Grundgehalt soll betragen:

	für Lehrer	für Lehrerinnen
in Klasse 1:	1350 M	1050 M
„ „ 2:	1350—1400 M	1050—1100 M
„ „ 3:	1400—1450 „	1100—1150 „
„ „ 4:	1450—1650 „	1150—1350 „

Die Festsetzung des Grundgehälter in den ersten drei Klassen innerhalb der gesetzlichen Mindest- und Höchstgrenzen soll den Schulverbänden überlassen sein, ohne daß es einer Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde bedarf. Die Schulverbände, die zur vierten Gehaltsklasse gehören, sollen berechtigt sein, das Grundgehalt auch höher als 1650 M festzusetzen, doch bedarf ein solcher Beschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Bei der Entscheidung dieser Instanz sollen die Leistungsfähigkeit und die besonderen Verhältnisse des Schulverbandes, weiter aber auch die allgemeinen Interessen des gesamten Volksschulwesens berücksichtigt werden. Erhöhungsbeschlüssen, durch die die Einheitlichkeit der Grundgehälter im Bezirk oder Staat in einer sachlich unbegründeten Weise gestört wird, soll die Genehmigung versagt werden. Gegen diese Versagung soll den Schulverbänden Beschwerde beim Provinzialrat, der Stadt Berlin Klage beim Oberverwaltungsgericht zustehen.

Die Bestimmung, daß einstweilig angestellte Lehrer und solche mit weniger als vier Dienstjahren in der Regel nur $\frac{4}{5}$ des Grundgehälter bekommen, soll bestehen bleiben; doch soll den Schulverbänden das Recht gegeben werden, über diese $\frac{4}{5}$ hinauszugehen. Für Direktoren und Hauptlehrer soll ebenfalls die bisher gültige Bestimmung bleiben, daß sie ein nach Maßgabe der örtlichen und amtlichen Verhältnisse höheres Grundgehalt bekommen.

Alterszulagen sollen wie bisher 9mal und alle drei Jahre gewährt werden. Sie sollen betragen:

	für Lehrer	für Lehrerinnen
in Klasse 1:	150 M	120 M
„ „ 2:	150—180 M	120—130 M
„ „ 3:	180—200 „	130—140 „
„ „ 4:	200—250 „	140—150 „

Auch hier sollen die Festsetzungen in den Verbänden, die zur 1.—3. Klasse gehören, innerhalb der gesetzlichen Grenzen ohne besondere Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgen; die zur vierten Klasse gehörigen Verbände sollen über den Höchstsatz von 250 M hinausgehen können, doch ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen. Für Direktoren und Hauptlehrer soll die Bestimmung getroffen werden, daß ihre Alterszulagen höher bemessen werden können als die der Lehrer in demselben Schulverbände.

Die Mietsentschädigung soll für jede Provinz unter Zugrundelegung der für den Wohnungsgeldzuschuß der unmittelbaren Staatsbeamten maßgebenden Ortsklasseneinteilung festgesetzt werden; diese Festsetzung soll nach Anhörung der Kreisausschüsse und der Gemeindevorstände der einen Stadtkreis bildenden Gemeinden sowie der Bezirksausschüsse durch die Provinzialräte endgültig erfolgen.

Bei der Bemessung des Ruhegehälter soll der Durchschnittssatz der Mietsentschädigung jeder Lehrerkategorie (Direktoren, Lehrer, Lehrerinnen) für sämtliche Gehaltsklassen zugrunde gelegt werden, auch für solche Lehrer, die Dienstwohnungen haben.

Eine Anrechnung der Dienstzeit an Privatschulen über das bisher festgesetzte Maß hinaus ist nicht vorgesehen; nur durch solche Privatschulen, die nach dem Lehrplan der öffentlichen Volksschulen unterrichten, seien die Schulverbände in ihren Aufwendungen für die Volksschulen entlastet worden, so daß man ihnen auch nur die Anrechnung der Dienstzeit an Privatschulen dieser Art zumuten könne.

Dies sind die Grundzüge des neuen Gesetzes, soweit wir sie erfahren konnten, und wie sie von der Regierung vor den bekannten Verhandlungen der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses geplant waren. Es bleibt abzuwarten, ob die Beschlüsse der Kommission eine Umarbeitung des Entwurfs zur Folge haben werden.

„Päd. Ztg.“

Über diese Grundzüge

ist uns folgender Artikel von einem Landkollegen zugegangen:

Also endlich ist der Schleier gelüftet. Man kann nun aber auch verstehen, weshalb man das Geheimnis so ängstlich wahrte; denn angesichts dieser Offenbarungen muß man sich

nur über das eine freuen, — daß der Entwurf nicht Gesetz geworden ist. Die Zurückstellung der Vorlage kann doch noch ihr Gutes haben; zum mindesten steht fest, weniger als hier kann uns im Herbst nicht geboten werden, schlechter kann's nicht werden.

Daß in dem Entwurfe ein Grundgehalt von 1 350 Mark auftritt, war ja bereits erwiesen durch die genaue Abmessung der Teuerungszulagen bis zu dieser Grenze; aber daß man es unternehmen würde, den Lehrern Alterszulagen von 150 Mk. anzubieten, hätte man doch nicht für möglich gehalten. Wenn sich schon die Staatsregierung eng an den vom III. Preußischen Lehrertage in unbegreiflicher Ängstlichkeit angenommenen Mindestsatz von 1 350 Mk. anschließt, so hätte sie sich doch konsequenterweise auch die dort geforderten Mindestalterszulagen von 200 Mk. zum Maßstab nehmen sollen. Statt dessen treten in der Vorlage nicht bloß (!) für die unterste Gehaltsklasse, sondern auch noch für die zweite Zulagen von 150 Mk. auf, ja auf Zulagen von 200 Mk. könnten sicher nur die Großstädte rechnen. Das hieße mit andern Worten: es bleibt alles hübsch beim Alten, nur die Empfänger der Mindestalterszulagen von 120 Mk. erfahren die enorme Aufbesserung von 30 Mk. im Einheitsätze! Dabei wollte man „ganze Arbeit“ machen, die auf Jahre hinaus Ruhe schaffen würde, und „auf den Ausbau der Alterszulagen besonders Gewicht legen“!

Es ist anzunehmen, daß in der Veröffentlichung eine wichtige Bestimmung fehlt, daß nämlich die Sätze in den Klassen 1—3 als Mindestsätze gelten, über welche unter Zustimmung der Regierung hinausgegangen werden darf. Andernfalls wüßte man nicht, was mit den vielen kleinen Orten, welche bereits über jene Sätze hinausgegangen sind, geschehen sollte, für sie bedeutet dann die Neuregulierung eine Rückrevidierung. Die Buntseckigkeit würde noch größer werden als jetzt, da wir in vielen Orten zwei Gruppen von Lehrern erhalten würden, solche, die nach der alten, und solche, die nach der neuen Ordnung besoldet würden.

In der Bielfeldtschen Brochüre ist vorgerechnet, daß zu 1 350 Mk. Grundgehalt und 150 Mk. Zulagen nur 19 Millionen neu notwendig sein würden, wobei freilich angenommen ist, daß die Gemeinden den bis jetzt gezahlten Betrag an Schulabgaben weiter entrichten. Wenn nun auch in Zukunft der Staat die Beträge für die Alterszulagen bis 150 Mk. auf 25 Schulstellen überall übernimmt, so ist doch höchst wahrscheinlich, daß der vorgesehene Betrag von 30 Millionen nicht einmal aufgebraucht werden würde.

Im übrigen erscheint das Gesetz wirklich nur als Novelle zu dem bestehenden von 1897. Weder an die Nichtanrechnung des kirchlichen Einkommens, noch an eine frühere Erreichung des Höchstgehalts ist gedacht. Nur eine grundsätzliche Änderung ist noch vorgesehen: Die Mietsentschädigung soll für jede Provinz festgesetzt und bei der Bemessung des Ruhegehalts der Durchschnittssatz der Mietsentschädigung zugrunde gelegt werden; das gäbe für jede Provinz einen andern Durchschnittssatz. Am besten kämen dabei die Berliner weg, welche bekanntlich für sich eine Provinz bilden. Überhaupt erscheint der ganze Entwurf darauf zugeschnitten, daß die Großstädte am wenigsten in der Selbstbestimmung beeinträchtigt und die Großstadtlehrer in erster Linie befriedigt werden, wahrscheinlich, weil die Städte am lautesten die Stimme zu erheben vermögen.

Wie kann die Regierung Unterschiede im Höchstgehalt von 1 200 Mk. vorschlagen! Die Kluft zwischen Stadt und Land würde ja durch diese „Reform“ noch vergrößert, Landstellen als Strafstellen gelten und gleichsam eine Prämie darauf gesetzt, recht schnell vom Lande wegzukommen. Man spricht soviel von der Schaffung einer Lehrerlaufbahn; hier ist die Möglichkeit einer solchen gegeben. Der Lehrer beginnt seine Tätigkeit im kleinen Orte an der Halbtagschule und siedelt sukzessive in immer grössere Orte mit entwickelteren Schulsystemen über; wenn die Pädagogik auch den entgegengesetzten

Gang für richtig erachtet, was kommt's darauf an! Die Vorlage bringt aber nicht bloß eine Zurücksetzung der Landlehrer, sondern der ganzen Landbevölkerung, indem für diese eine minderwertige Schule und Kultur für ausreichend erachtet wird. Der Preußische Staat ist noch in der Lage, auch die Landschule auf der Höhe der Zeit zu erhalten. Ist die Landbevölkerung nicht imstande, die Mittel aufzubringen, so müssen sie eben auf anderem Wege beschafft werden.

Erfreulicherweise ist dieser Gedanke einmütig in der Unterrichtskommission zum Ausdruck gebracht worden, man hat sich dort entschieden für Streichung der örtlichen Verhältnisse und für mögliche Gleichstellung ausgesprochen. Die Regierung wird also nicht umhin können, eine so gründliche Umarbeitung des Entwurfs vorzunehmen, daß man ihn nicht wiedererkennt.

Sollten doch im neuen Entwurf wieder Mindestsätze erscheinen, so könnten dieselben nicht unter 1 500 bzw. 200 Mk. lauten, weil auch der Lehrer des kleinsten Ortes beanspruchen kann, zu den Subalternbeamten gerechnet zu werden. Von der Erlangung unseres gesteckten Zieles, Gleichstellung mit den Sekretären, sind wir dann immer noch weit entfernt. Die Sätze würden ohnehin zu Normalsätzen werden, da nur wenige Orte freiwillig darüber hinausgingen; aber es wäre doch eine Grundlage gegeben, auf welcher eine günstige Weiterentwicklung möglich ist. Es handelt sich hier, wohlverstanden, um Minimalsätze; Normalsätze müßten ganz anders lauten.

Bisher verschanzten sich die Herren Abgeordneten hinter der Ausrede, daß die Zahlen der Vorlage ja nicht bekannt seien und sich deshalb über dieselben auch nicht sprechen lasse. Nachdem die Sätze noch vor der Wahl an die Öffentlichkeit gedrungen sind, wäre eine Interpellation darüber am Platze, wie sich die Herren Landtagskandidaten zu denselben stellen; insbesondere wären die Mitglieder der Deutschkonservativen Partei darüber zu hören, ob sie nicht für eine beträchtliche Erhöhung dieser Sätze einzutreten gesonnen sind, da Herr von Heydebrand, ihr Führer, nur erklärt hat, daß die Lehrer versichert sein können, daß die Konservativen nicht gegen die Regierungsvorlage stimmen werden. Er schien damit schon ein großes Entgegenkommen dokumentieren zu wollen. Die Lehrerschaft kann es zwar nicht verhindern, daß ein Abgeordnetenhaus gewählt wird, welches in seiner Mehrheit dem Lehrer nicht gibt, was ihm zukommt, aber man soll doch wenigstens nicht sagen können, die Lehrer haben an ihrem Teile noch dazu beigetragen. Einem einsichtigen Landtage gegenüber wird sich die Staatsregierung nicht verschließen. Haben wir doch zu unserm neuen Chef das Vertrauen, daß er von den besten Absichten beseelt ist, und glauben, daß sich ihm nur äußere Widerstände hindernd in den Weg stellen.

— b —

Die Staatszuschüsse zur Lehrerbesoldung in Preußen.

Aus Anlaß der bevorstehenden Revision des Besoldungsgesetzes wird nicht nur in der Lehrerschaft, sondern auch in der großen Öffentlichkeit die Frage lebhaft besprochen, wie die Kosten für eine erhöhte Lehrerbesoldung aufzubringen seien. Diese Erörterungen dürften auch im kommenden Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen; denn die Wahlauftrufe aller politischen Parteien fordern in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Unterrichtskommission über den Antrag Arendt einmütig und nachdrücklich, „daß die Schulverbände mit Ausgaben für die Lehrerbesoldung nur nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden und so einer Überlastung der leistungsschwachen Verbände vorgebeugt werde“.

Zu dem Ziele: Angemessene Lehrerbesoldung auf allen Schulstellen Preußens mit dem gleichzeitigen Schutze leistungsschwacher Schulverbände sind viele Wege gewiesen worden: der Ausbau der Alterszulagekassen zu vollständigen Besoldungskassen, die Übernahme der jetzt entstehenden oder der gesamten persönlichen Schullasten auf den Staat, die Einführung der

Staatsschule u. a. m. Meines Erachtens aber kann gegenwärtig nur ein Weg schnell und sicher (darauf kommt es vor allen Dingen jetzt an) zum erwünschten Ziele führen: die gerechte Verteilung der den Schulverbänden gewährten Staatszuschüsse zur Lehrerbesoldung! Gegenwärtig erhalten alle Verbände, ohne Ausnahme, Staatsbeihilfen zur Lehrerbesoldung für höchstens 25 Schulstellen. Diese Verteilung wird in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen gerecht, weil ihr nicht zuerst die steuerliche Leistungsfähigkeit, sondern die Größe der Schulverbände zugrunde liegt. Denn so bekommen viele kleinen Schulverbände, z. B. wohlhabende Bauerndörfer, reiche Kleinstädte und Villenvororte diese Zuschüsse für alle oder doch fast alle ihre Lehrerstellen, obwohl sie selbst vollkommen leistungsfähig sind und dieser Beihilfen nicht bedürfen. Große Gemeinden mit geringer Steuerkraft dagegen, z. B. Industrieorte mit Arbeiterbevölkerung, Großstädte mit sehr hohen Kommunalsteuern können diese Zuschüsse nur für einen kleinen Teil ihrer Lehrerstellen erhalten.

Diese mechanische Verteilung der Staatsbeihilfen, die ohne weiteres annimmt, daß ein großer Schulverband leistungsfähig und ein kleiner leistungsunfähig sein müsse, wird einer Verteilung der Staatszuschüsse nur nach der gesamten Steuerkraft der Gemeinde Platz machen müssen. Es darf in Zukunft der Staat erst dann mit seiner Hilfe eintreten, wenn ein Schulverband einen bestimmten Prozentsatz seiner Einkommen- und der andern staatlich veranlagten Steuer in den Ausgaben für sein Volksschulwesen überschreitet. Dadurch wird der Staat zugleich in den Stand gesetzt, nun um so wirksamer dort zu helfen, wo diese Hilfe wirklich nötig ist. Und sollte damit eine Mehrbelastung der Staatsfinanzen verbunden sein, so könnten sie das wohl tragen. Denn in den meisten deutschen Staaten ist der Anteil der vom Staat übernommenen Volksschullasten größer als in Preußen. Er stieg hier z. B. in dem Jahrfünft 1901 zu 1906 um 12,7 v. H., während er im Reiche durchschnittlich um 23 v. H. sich erhöhte, trotzdem die Finanzen Preußens so günstig sind wie in kaum einem andern deutschen Staat.

Überblickt man die Aufwendungen aus Staatsmitteln für die gesamten Volksschullasten in den einzelnen Provinzen, so ergibt sich eine Steigerung während des letzten Jahrfünfts

in Ostpreußen	um 7,9 v. H.,	in Schleswig-	
„ Westpreußen	28,9 „ „	Holstein	um 11,3 v. H.,
„ Berlin	17,6 „ „	„ Hannover	7,5 „ „
„ Brandenburg	15,5 „ „	„ Westfalen	19,4 „ „
„ Pommern	7,2 „ „	„ Hess.-Nassau	4,6 „ „
„ Posen	24,1 „ „	„ Rheinland	8,6 „ „
„ Schlesien	14,4 „ „	„ Hohenzollern	10,3 „ „
„ Sachsen	6,0 „ „		

Damit vergleiche man die Steigerung der Aufwendungen in einigen andern deutschen Staaten, z. B.

in Bayern	um 40,9 v. H.,
„ Sachsen	48,5 „ „
„ Württemberg	42,3 „ „
„ Baden	86,6 „ „
„ Braunschweig	58,1 „ „

Man mag aus dieser Gegenüberstellung erkennen, daß Preußen sehr wohl imstande ist, seine Aufwendungen für die Volksschulen aus staatlichen Mitteln beträchtlich zu erhöhen. Wenn damit zugleich ihre gerechte Verteilung verbunden ist, dann wird in Zukunft auch das Unrecht unmöglich werden, daß man den Lehrer in seinem Dienstinkommen von den „örtlichen Verhältnissen“, d. h. hier von der zufällig größeren oder geringeren Steuerkraft seiner Gemeinde abhängig macht. Zugleich wird dann auch das Versprechen erfüllt werden können, das alle Parteien in ihrem Wahlauftrufe jetzt gegeben haben: „Härten und Ungleichheiten in der Lehrerbesoldung zu beseitigen und Bezüge festzusetzen, die der Vorbildung der Lehrer und Lehrerinnen und der Bedeutung ihrer Wirksamkeit entsprechen.“

Der Gedanke, die Staatsbeihilfen für die Volksschullasten, besonders aber für die Besoldung nach andern Grundsätzen als den bisher geltenden zu verteilen, gewinnt immer mehr Anhänger. Zwar hat der Geheime Finanzrat Germar im „Tag“ sich gegen die Beseitigung der jetzt bestehenden Verteilungsweise gewendet, und das ist bei seinem Einflusse auf die finanzielle Ausstattung der Volksschule besonders zu bedauern. Doch auch in den Kreisen der Abgeordneten schlägt der Gedanke immer tiefere Wurzeln. So erörtert der konservative Abgeordnete, Landrat a. D. von Dewitz im „Tag“ die Frage, ob es möglich und gut sei, daß der Staat dann, wenn ein bestimmter Prozentsatz der Einkommensteuer des Schulverbandes durch die Schullasten überschritten sei, die gesamten Mehrkosten übernehme. Es ist aber bezeichnend für ihn (und seine Partei), daß er fürchtet, die Gemeinden könnten dann einen Bildungsluxus treiben und ins Ungemessene die Klassenfrequenzen erniedrigen und die Lehrergehälter erhöhen. Daß die Schulaufsichtsbehörden in jedem Falle dabei ein Wort mitzureden haben, scheint er ganz zu vergessen. Darum will er, „um das Spar- (nicht etwa das Schul-) Interesse in den Schulverbänden bei der Erwägung der Anstellung neuer Lehrkräfte zu erhalten, daß nur dreiviertel des Gehaltes auf den Kassenverband der zu gründenden Besoldungskassen übernommen werden, daß das vierte Viertel dagegen von den Gemeinden allein, ohne Einrechnung in die prozentuale Leistung getragen werde. Den leistungsschwachen Verbänden könnte durch besondere staatliche Fonds diese Belastung erleichtert werden.“ Dieser Vorschlag entspringt wieder der ängstlichen Sorge, das Land, d. h. vor allem die Gutsbezirke vor Mehrbelastungen zu schützen. Noch immer ist man also nicht zu der Überzeugung gekommen, daß für eine angemessene Lehrerbesoldung, wie wir sie wünschen, überall Mittel flüssig gemacht werden müssen, nicht nur vom Staat, sondern auch von den Gemeinden.

Eins aber ist bei der Diskussion dieser Frage besonders auffällig: Wo bleibt die Wirkung des Schulunterhaltungsgesetzes? Wie ist es möglich, daß wenige Tage nach dem Inkrafttreten eines Gesetzes, das doch dazu erlassen worden ist, eine gerechte Verteilung der Volksschullasten herbeizuführen und der Schulunterhaltung neue Quellen zu erschließen, schon wieder die Furcht laut wird, die Schulverbände könnten mit Schulunterhaltungskosten überbürdet werden? Ist das ein Beweis dafür, wie wenig dies Gesetz zu wirken vermag und wie recht diejenigen hatten, die da behaupteten, die Regelung der Schulunterhaltung in ihm sei Nebensache, Hauptsache nur die gesetzliche Festlegung von Bestimmungen, die mit der Schulunterhaltung fast nichts zu tun haben?

G. Menzel.

Bildung und Arbeit.

(G. Rönsch-Lauenburg a. d. Elbe.)
(Schluß statt Fortsetzung.)

Doch nicht nur materielle und ethische Gründe sprechen dafür, daß die Arbeit mitgestaltender Faktor des Bildungsideals werden muß. Auch rein pädagogische Erwägungen lassen uns diese Forderung verstehen. Unsere Schulen wollen „Bildung“ vermitteln. Ohne etwa eine Definition der Bildung geben zu können, muß an dieser Stelle an das formale Hauptmerkmal eines gebildeten Menschen erinnert werden. Es besteht nämlich darin, daß der Mensch durch seinen Bildungsgang befähigt worden ist, die Erscheinungen seines Lebens in ihrem wirklichen Zusammenhange aufzufassen. Bildung ist die Fähigkeit des Verstehens. Die Außenwelt der Objekte in die Innenwelt des Subjekts hineinziehen zu können, das scheidet den Gebildeten vom Ungebildeten. Die Bildung ist somit der Gradmesser der Auffassungskraft. Die Auffassungskraft zu entwickeln und den Fähigkeiten des jeweiligen Subjektes entsprechend zu steigern, ist formales Bildungsziel aller Schulen.

Nun geht die landläufige Meinung der Pädagogik vielfach dahin, daß es nur eine Form der Auffassung gäbe, durch welche die Außenwelt der Innenwelt verständlich gemacht werden könne. Nehmen wir an, die Kinder sollten in das Verständnis des Flaschenzuges eingeführt werden. Der Lehrer bringt zum Zwecke der Anschauung das Modell eines Flaschenzuges oder noch besser, er führt die Schüler zu einem Neubau, wo der Flaschenzug in seiner Tätigkeit zu beobachten ist. In beiden Fällen wird das Prinzip des Flaschenzuges in Anschauung verwandelt und zwar, wie wir sofort sehen werden, in ruhende Anschauung. Es gibt nämlich noch einen zweiten, grundsätzlich verschiedenen Weg, der schließlich zu demselben Resultate führt. Der Flaschenzug wird den Schülern nicht in seiner fertigen Form gegeben, sondern er **entsteht** durch stufenweise Verwendung fester und beweglicher Rollen vor den Augen der Kinder. Die Kinder erfinden und konstruieren ihn unter Leitung des Lehrers.*) Hier verwandelt sich die Anschauung in jedem Augenblicke der Entwicklungsstufe entsprechend. Wir könnten diese Anschauung als die genetische Anschauung bezeichnen.

Es ist nun offensichtlich, daß die ruhende Anschauung ein **Besinnungsprinzip**, die genetische Anschauung ein **Tätigkeitsprinzip** darstellt. Natürlich ist das nicht so gemeint, als wenn der ersteren nur Besinnung, der zweiten nur Tätigkeit entspräche; vielmehr sind beide Arten immer gemischt, doch so, daß die Betonung immer auf der einen Form liegt, wodurch sie ihr charakteristisches Gepräge erhält. Man hat auf diesen beiden Formen der Anschauung (und damit der Auffassung) zwei verschiedene Lehrformen aufgebaut und wohl in einseitiger Begeisterung je nach dem Standpunkte die eine von beiden als die richtigere gepriesen. Das scheint verkehrt zu sein; denn offenbar spricht sich in diesen beiden Formen der Anschauung ein tieferer Gegensatz aus, der das ganze menschliche Leben durchzieht. Das Besinnungsprinzip der ruhenden Anschauung scheint dem Gedankenwege der theoretisierenden Wissenschaft zu entsprechen. Hier herrscht die Reflexion vor; hier stellt man sich heraus aus dem konkreten Flusse des wirklichen Lebens und setzt sich ein vorwiegend intellektuelles Ziel, ein Erkenntnisziel. Das Tätigkeitsprinzip der genetischen Anschauung hingegen wiederholt den körperlichen Entwicklungsgang der praktischen Arbeit. Hier sieht man mit eigenen Augen und tut mit eigenen Händen; hier wird man mit fortgerissen von Stufe zu Stufe, und die Überlegung schweift nicht weiter, als es der jeweilige Fortschritt wirklich verlangt. Das gesetzte Ziel ist ein Ziel des Schaffens, ein Produktionsziel.

In diesem Gegensatze: Besinnungsprinzip und Erkenntnisziel einerseits und Tätigkeitsprinzip und Produktionsziel andererseits liegt aber zugleich ein typischer Gegensatz der Menschen selbst. Es gibt — wie die Erfahrung zur Genüge beweist — Individuen, welche vorzugsweise für Reflexion und Erkennen, also für Kopfarbeit veranlagt sind. Andere Naturen dagegen zeigen auffallende Befähigung für praktisches Schaffen, also für Werkarbeit. Die ersteren gefallen sich in theoretischen Gedankengängen, abstrahieren leicht und sicher und erzeugen in sich eine der Praxis abgewandte Begriffswelt. Sie sind die geborenen Jünger der Wissenschaft.

Die zweite Art dagegen neigt zur Betätigung mit Hand und Fuß; ihre Freude ist werktätiges Wirken und Schaffen. Ihre Innenwelt steht unter der Herrschaft des Zweckgedankens, und ihr intellektuelles Interesse schwindet mit der Beziehung zum praktischen Leben. Aus ihnen ergänzt sich das Heer der werktätigen Menschen.

So ist die Menschheit also durch 2 zu dividieren. Nicht in dem Sinne, als gäbe es zwischen den beiden Extremen keine Vermittlung. Im Gegenteil, jeder Mensch hat schließlich von beiden Gegensätzen etwas. Aber die eine Art der Lebens-

betätigung herrscht vor, und sie ist es, welche ihn entweder dem wissenschaftlichen oder dem praktischen Typus zuteilt.

Mit diesen beiden Lebenstypen hat die Pädagogik zu rechnen. Schon im Kindesalter sind sie vorhanden, der wissenschaftliche naturgemäß seltener und später, der praktische öfterer und früher. Der Ausbildung beider Typen hat die Pädagogik in Methode und Lehrstoff entgegenzukommen. Nun hat es der geschichtliche Werdegang unserer Schulen mit sich gebracht, daß der Unterrichtsbetrieb dem wissenschaftlichen Interesse weit mehr entspricht als dem praktischen. Einmal steht der Lehrstoff in direkter oder indirekter Beziehung zur Wissenschaft. Zudem dominiert vielfach auch noch die dem wissenschaftlichen Geiste entsprechende Methode der ruhenden Anschauung. Die Folge davon ist, daß die wissenschaftlich gerichtete Lebensart viel leichter entsprechende Nahrung und freies Feld der Ausprägung findet als die werktätige Eigenart. Es gibt aber, wie wir schon sehen, ein anderes Unterrichtsprinzip, welches der Entwicklung des praktischen Lebenstypus entgegenkommt. Es ist das Prinzip der genetischen Anschauung. Dieses Prinzip ist nun — wie auch schon betont wurde — wesensverwandt mit dem Prinzip der Arbeit. In durchaus konsequenter Weise wird somit eine fortschrittliche Pädagogik auf das Leben der Arbeit hingelenkt. In ihr findet sie ein Prinzip verkörpert, von dem sie sich in der Bildungsfrage eine vom Gerechtigkeitsgefühl verlangte Reform verspricht. Den Geist der Arbeit braucht die Schule. Sie braucht ihn aus rein pädagogischer Überlegung.

Einer solchen Gedankenrichtung kommt nur der Mann der Praxis seinerseits mit dem Anspruch entgegen, an der Bildung der heranwachsenden Jugend teilnehmen zu dürfen. Der natürliche Boden für eine Diskussion zwischen Arbeit und Pädagogik ist geschaffen. Ihr Ziel wird sein, festzustellen, wie dieser bildende Einfluß der Arbeit des näheren zu bestimmen sei.

II.

Wir sind so auf der Höhe des Gedankenganges angelangt, welcher den Zweck hatte, das Recht der Arbeit auf Teilnahme an der Gestaltung des Bildungsideals zu erweisen. Es empfiehlt sich ein kurzer, sammelnder Rückblick. Wir sehen dieses Recht in 3 Tatsachen begründet. Einmal ist jede Arbeit, besonders aber die moderne Arbeit, die Grundlage des materiellen Seins und damit eine Macht des Lebens, dem die Ausgestaltung des Natur- und Menschenlebens unterworfen ist. Zum andern trägt die Arbeit einen edlen Schatz sittlichen Wert in sich und ist somit auch die Grundlage der ethischen Kultur. Auch in pädagogischem Interesse ist die Arbeit als Faktor der Bildung zu begrüßen, da sie das Betätigungsfeld des werktätigen Lebenstypus darstellt und in ihrem Prinzip vorbildlich für die Methode der genetischen Anschauung wird. Diese drei Gründe genügen, um die Frage nach dem Verhältnis zwischen Bildung und Arbeit in der Richtung zu diskutieren, daß festgestellt wird, wie der Einfluß der Arbeit auf das Bildungswesen zu gestalten sein wird. Dabei werden sich ganz neue Gesichtspunkte ergeben, welche ein Wesen der Arbeit neben den bildungsfreundlichen auch bildungsfeindliche Tendenzen aufdecken. Ihrer Betrachtung sind die Ausführungen des nun folgenden Teils gewidmet.

Die Arbeit soll die Bildung der Jugend beeinflussen. „Gut“, erklären die Vertreter des werktätigen Lebens, „dann hinaus mit aller unfruchtbaren Theorie, mit allem wissenschaftlichen Flitter und Tand. Bilden wir die Jugend so, daß sie unmittelbar befähigt wird, Dampf und Elektrizität zu beherrschen!“ Wir sehen hier das Ideal der allgemeinen Bildung versinken; das Ideal der Fachbildung steigt beherrschend auf.

Nehmen wir einmal an, die Bildung zur Arbeit, zur modernen Arbeit in ihrer maschinellen Ausprägung, sei als das Ziel alles Unterrichts und aller Erziehung angenommen. Es ist klar, daß dann alle Bildungsstoffe spezifisch geistiger Natur wegfielen: Vor allen Dingen die Materien des Religions-, des Sprach- und zum großen Teil auch des Geschichtsunterrichts. Das wäre erträglich, wenn nachgewiesen werden könnte,

*) Vgl. den 1907 erschienenen Bericht des „Pädagog. Seminars“ zu Jena.

daß dieser Verlust durch neue, aus dem Wesen der Arbeit herfließende Stoffe ersetzt werden könnte. Denn das steht doch fest, daß das wahre Wesen der Menschen in seiner halb geistigen, halb körperlichen Ausprägung auch durch ein neues Bildungsideal nicht verletzt werden darf. Untersuchen wir von diesem jetzt gewonnenen Standpunkte aus nur noch einmal das Wesen der Arbeit mit besonderer Betonung der Frage, ob die Arbeit für sich allein befähigt sein würde, ein den Kern des menschlichen Wesens entsprechendes Bildungsideal zu gestalten.

Diese Frage ist aber mit einem entschiedenen „Nein“ zu beantworten. Die Arbeit als solche wäre noch imstande, die praktisch gerichteten Anlagen der Menschennatur zu entwickeln; die spezifisch geistigen aber würden unter ihrer Vorherrschaft verkümmern. Es liegt ja schon einmal im Wesen jeder Arbeit, das Geistesleben zugunsten der körperlichen Betätigung zu vernachlässigen. Die Geschichte aller Zeiten belehrt uns, daß hochgespannte Arbeitsleistungen auf der andern Seite eine gewisse Verarmung der geistigen Innenwelt bedingen. In ganz besonderem Maße ist aber die moderne Arbeit dazu geschaffen, den geistigen Gehalt des Menschenlebens zu verkümmern.

Der Maschinenbetrieb der Fabriken und die damit zusammenhängende Arbeitsteilung hat das Verhältnis des Menschen zu seinem Werk durchaus verändert. Begnügen wir uns mit einem recht trivialen Beispiele. Ein Schuster vor 100 Jahren machte seinen Schuh von Anfang bis zu Ende selbst. War er mit ihm fertig, so war der Schuh sein persönliches Werk. Und war es auch nur ein Schuh, er hatte doch eine gewisse Freude an ihm. Sein ganzes Können, die Erfahrung eines langen Handwerkerlebens durfte er in ihn hinarbeiten. Und wenn er dann vollendet vor ihm stand, so verband der Meister mit seinem Werk die frohe Genugtuung des Erfolges, ein durchaus geistiges Band.

Und heute? Wir alle wissen, wie die moderne Entwicklung den selbständigen Schuhmacher immer mehr und mehr verdrängt; in der Fabrik findet er als Geselle eine Zufluchtstätte. Sein ganzes Leben hindurch machte er vielleicht nur Absätze oder einen andern Teil. Ein ganzer Schuh geht aus seiner Hand vielleicht gar nicht mehr hervor. Und was er sonst noch leistet, auch das übernimmt zum größten Teile die Maschine. Wo soll denn der persönliche Konnex zwischen Mensch und Werk herkommen?

Und genau so ist es in hundert andern Berufen, die als Kleinbetrieb eingegangen und als Großbetrieb durch Dampf und Elektrizität einer neuen Zukunft entgegengeführt worden sind. Die Produktivität, ja auch die Güte mögen durch diese Entwicklung gesteigert sein. „Vielleicht“ sind im Interesse einer rationellen Volkswirtschaft die Preisverhältnisse günstiger geworden. Aber auf der andern Seite bedingen alle diese Vorteile eine Verarmung der geistigen Beziehungen. Mit Recht hat man die moderne Arbeit „seelenlos“ genannt. Die Maschine und ihr Werk ward groß; der Mensch, der sie bedient, ward klein. Jene wunderbare, anheimelnde Poesie, welche einst das Erwerbsleben des Mittelalters umspann, ist für immer dahin. Der Handwerker ward zum berufslosen Fabrikarbeiter. Der Fabrikarbeiter braucht wenig zu lernen; wenn er nur die Maschine richtig bedient, so arbeitet sie für ihn.

Es ist klar, daß mit Erreichung dieser bequemen Produktionsart auch dasjenige Gefühl der Freude ausgeschaltet wird, das nur aus der Überwindung der Schwierigkeiten geboren wird. Der moderne Arbeiter hat keine Freude an seiner Tätigkeit, kann keine haben; denn es ist ihm unmöglich, Seele in seine Arbeit hineinzulegen.

Man mag diese Entwicklung bedauern; aufzuhalten ist sie aber nicht. Man mag diese Entwicklung bedauern, weil sie neben der materiellen Not eine Grundwurzel des sozialen Elends ist. Es ist dies ein Punkt, der so oft übersehen wird bei der Beurteilung der sozialen Frage. Und doch ist es zweifellos, daß alle materielle Besserstellung die soziale Frage

noch nicht löst. Wir müssen daneben auch wieder einen Weg finden, dem Arbeiter die Arbeit lieb zu machen und mit dieser Liebe jene Fülle geistiger Beziehungen zu erschließen, die einstmals das Erwerbsleben vergangener Tage veredelte.

Die Lösung dieser Aufgabe ist sehr schwer, und fast will es scheinen, als ob die seelenlose Maschine für immer die Vergeistigung der Arbeit hinderte. Das ist es, was in der Philosophie als „Problem der Arbeit“ gilt und das besonders unter den Philosophen der Gegenwart Prof. Eucken in seiner ganzen Schwere und Tragik erfaßt hat. Der Begriff der Persönlichkeit wird durch die Entwicklung der modernen Technik aufs äußerste gefährdet. Sehr bezeichnend, daß dieser Begriff der Persönlichkeit gerade in unsern Tagen im Mittelpunkt philosophischer und pädagogischer Erörterungen steht. Gleichgültigkeit, Besinnungsarmut oder Nützlichkeitsinn, das ist die große Gefahr, welche dem Geistesleben, speziell dem Gefühlsleben durch die maschinelle Eigenart unsrer Arbeitskultur droht.

Wenn wir diese Gefahr in ihrer ganzen Größe erkennen, so müssen wir das der Arbeit zugestandene Recht auf Beteiligung am Bildungswesen wesentlich einschränken. Wir sehen, **allein** kann die Arbeit niemals ein Bildungsideal gestalten. Fachbildung als extremes Ziel der Erziehung würde den Tod der geistigen Kultur bedingen.

Alle die geheimen Kräfte der Menschennatur, die in der Religion, der Kunst, ja auch in einem Teile der Wissenschaft, nämlich in dem am Geistesleben interessierten, Philosophie, Geschichte, Sprachwissenschaft etc., zur Entfaltung dringen, würden im Keime erstickt werden.

Wenn wir aber bedenken, daß gerade in diesen Kräften die Weltüberlegenheit der Menschen sich gründet, so ist der pädagogische Schluß nicht schwer.

Wir dürfen auf die Bildungsstoffe, die in der Wissenschaft, Kunst und Religion sich finden, niemals verzichten; denn die Arbeit mit all ihrer Kraft und Größe vermag ihrem ganzen Wesen nach diesen Verlust nicht zu ersetzen.

Wohl aber wird die Arbeit mit ihrem Bildungsgehalte die geistige Welt ergänzen. — — Somit wird die Bildung auch hier einen Kompromiß schließen müssen.

Die Bildung, ihrer vorwiegend geistigen Natur nach, lehnt es ab, die Arbeit als alleinige Quelle ihrer Bildungsstoffe zu betrachten. Sie wird nach wie vor die Stoffe der geistigen Welt in den Vordergrund der Erziehung stellen müssen. Bei allem Festhalten aber an dieser Hegemonie des Geisteslebens, erkennt sie das Recht der Arbeit an, sich in einer solchen Form an der Bildung zu beteiligen, welche die geistige Eigenart derselben nicht schädigt.

Diese Form zu finden, ist die Aufgabe der praktischen Pädagogik. Die Richtung dieser Arbeit ist bereits bestimmt.

Einmal wird die Pädagogik Stoffe aus der Arbeitswelt in den Bildungsgang der heranwachsenden Jugend einstellen müssen. Charakter und Probleme der modernen Industrie und Technik müssen den Schülern zum Verständnis gebracht werden.

Zum andern wird die Pädagogik das Prinzip der Arbeitskultur, das Prinzip der genetischen Anschauung, in der Unterrichtsmethode stärker betonen müssen, als es bisher der Fall war. Der Begriff der entwickelnd-darstellenden Lehrform erfährt von hier aus eine neue Beleuchtung.

Zum dritten wird die Frage zu erwägen sein, wie weit die Schüler durch spezielle Werkstätigkeit in das Wesen der Arbeit praktisch einzuführen sind. Die Frage des Handfertigkeitsunterrichts im weitesten Sinne (alle technische Lehrfächer einbegriffen) wird Gegenstand der Diskussion.

Die Realisierung aller dieser Betreibungen wird aber schließlich die letzten, bestimmenden Richtlinien nicht aus sich selbst, sondern aus der halb geistigen, halb körperlichen Eigenart des Menschen nehmen müssen.

Höchste Richterin der Bildung wird somit die Psychologie.

Vereinigung für Schulpolitik.

(Abteilung des Breslauer Lehrervereins.)

Die am 16. d. Mts. im großen Saale des Kaufmannsheims tagende, durch die Vereinigung für Schulpolitik einberufene, auch von Kollegen aus der Umgegend gut besuchte Versammlung wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Lehrer Mürtins-Breslau, eröffnet. Er dankte den anwesenden Landtagsabgeordneten Dr. Wagner (frks.), Rektor Ziesché (Ztr.) und den Landtagskandidaten Prof. Gürich und Lehrer Kapuste für ihr Erscheinen und wies auf den unpolitischen, lediglich orientierenden Charakter der Versammlung hin. Nachdem noch mitgeteilt worden war, daß Abg. Major a. D. Strosser telegraphisch der Versammlung guten Verlauf gewünscht, und der Landtagskandidat Bahnhofsvorsteher Wunsch sein Nichterscheinen mit amtlicher Verhinderung entschuldigt hatte, erhielt Lehrer R. Theißig-Breslau das Wort zu seinem Vortrage: „Was darf die preußische Lehrerschaft von dem kommenden Landtage erwarten?“

Der Vortrag beantwortete folgende Fragen: 1. Was fordert die Zeit für Preußens Volksschule und Volksschullehrerstand? 2. Was ist der verflossene Landtag Preußens Schule und Lehrern schuldig geblieben? 3. Worin sind die Ursachen für die Rückständigkeit zu suchen? 4. Was darf an Fortschritt von dem kommenden Landtage erwartet werden? 5. Wie kann die Lehrerschaft für einen kräftigen Fortschritt praktisch sich betätigen? Da der Vortrag demnächst in der Schles. Schulztg. veröffentlicht werden wird, sei des aktuellen Interesses wegen kurz herausgestellt, was der Vortragende bezüglich des durch die „Päd. Ztg.“ veröffentlichten Entwurfs der Regierung und des Antrages Arendt ausführte.

Der Entwurf der Regierung sei abzulehnen. Aus praktischen Gründen, da er die Besoldungsfestsetzung von einem lediglich äußeren, dem Wechsel unterworfenen Momente abhängig mache und zu den wunderlichsten Erscheinungen führen müsse. Aus wirtschaftlichen Gründen, weil er nicht geeignet sei, auch in den höchsten Sätzen nicht, dem Volksschullehrerstande eine genügende materielle Grundlage zu bieten. Abzulehnen sei er besonders im Interesse der Volksschule, weil die gesetzliche Festlegung des Abstandes zwischen Land- und Stadtlehrergehältern einen weiteren bedenklichen Rückgang des ländlichen Schulwesens zur Folge haben müßte. Abzulehnen sei er um der Selbstachtung und Gesunderhaltung des preußischen Volksschullehrerstandes willen, dessen Einheitlichkeit er zerstöre und dessen große, unter den schwierigsten Verhältnissen erprobte Mehrheit er öffentlich herabsetze.

Unannehmbar sei auch der Antrag Arendt in der vorliegenden Form. Durch Ablehnung des Antrages Ernst (Beschlüsse des IV. Preuß. Lehrertages) mit allen gegen 2 Stimmen und durch den Satz des Antrages „Bisheriges Einkommen darf nicht gekürzt werden“, sei bewiesen, daß die Gleichstellung auf der sogenannten „mittleren Linie“ erfolgen solle, die eine Abbesserung nicht scheue und lediglich jene Kreise unterstütze, welche die unangenehme Konkurrenz bildungsfreundlicher und opferwilliger Kommunen beseitigt wissen wollen. Durch die gesetzliche Bremse oben werde auch für die Zukunft die Erreichung einer zeitgemäßen Besoldung verhindert. Auch die Bestimmung über zulässige Ausnahmen bei ersten und alleinstehenden Lehrern sei verfehlt, da nicht immer und nicht nur diese Lehrer unter besonderen Schwierigkeiten arbeiten. Ein Durchschnittssatz für die Mietsentschädigung im Falle der Pensionierung könne erst dann erwogen werden, wenn die Gleichstellung auf einem angemessenen Niveau erfolgt sei. Es müsse bedauert werden, daß die Unterrichtscommission sich auf diesen Antrag festgelegt habe, ohne positive Grundlagen dafür zu besitzen, was das Finanzministerium an Mitteln bereitstellen wolle. — Die Lehrerschaft werde nach wie vor eine Gleichstellung erstreben auf der durch die Beschlüsse des IV. Preuß. Lehrertages gewiesenen Basis, eine Gleichstellung, die den tatsächlichen Verhältnissen dadurch gerecht werde, daß sie pensionsfähige Zulagen dort gewähre, wo besonders schwierige örtliche (ungünstige Ortslage, schwer zu behandelnde Bevölkerung, hervorsteckende Teuerung) und amtliche (die gesetzliche Norm übersteigende Schülerzahl, gemischtsprachiges Schülermaterial) Verhältnisse vorliegen. Solange, wie die Staatsregierung ausreichende Mittel für diese Gleichstellung nicht bewillige, seien möglichst hohe Mindestsätze in Grundgehalt und Alterszulage zu erstreben, sei der Nachdruck auf Heraufbringung der zurückgebliebenen Gehälter zu legen. —

Der 1 $\frac{3}{4}$ stündige Vortrag schloß mit der Mahnung:

„Verlieren wir das Eine nicht: den Glauben an uns selbst, den Glauben an die hohe Mission unseres Standes, den Glauben an die alles überwindende Kraft der von uns vertretenen Ideen, und dieser Glaube wird Berge versetzen, Berge selbst — im preußischen Abgeordnetenhause!“

Der stürmische, allseitige Beifall zeigte, daß es der Redner meisterhaft verstanden hatte, in objektiver Weise alle grundlegenden Fragen, die Schule und Lehrerschaft betreffen, zu behandeln.

In der Debatte sprach zuerst Abg. Rektor Ziesché. Er dankt dem Vortragenden für seine Ausführungen, die wertvolles Material enthalten. Sein Rat sei der, ruhig und praktisch weiter zu arbeiten. Nach Erscheinen des Gesetzentwurfes, zu dem die Vereinigung doch Stellung nehmen werde, empfehle er, in kurzen Sätzen, übersichtlich

und bequem, unsere Stellung und unsere Wünsche aufzuzeichnen und den Abgeordneten zuzustellen. Er könne versichern, daß seit einigen Jahren in den Kreisen der Abgeordneten aller Parteien eine warme Stimmung für die Lehrerschaft vorhanden sei. Das Unglück der Lehrer sei ihre große Zahl, die eine schnellere Erhöhung der Gehälter erschwere. Die Bestimmung, daß die einstweilig angestellten Lehrer nur $\frac{4}{5}$ des Gehalts beziehen, müsse fallen. Das Hauptgewicht müsse auf Erhöhung des Grundgehalts gelegt werden, damit im mittleren Lebensalter ein ausreichendes Gehalt vorhanden sei. Der von der Päd. Ztg. veröffentlichte Entwurf der Regierung sei wegen der Einteilung in die 4. Klasse unannehmbar. Die Lehrerschaft solle von den Abgeordneten nicht verlangen, alles abzulehnen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die Abgeordneten können das nicht. Es müsse eben schrittweise vorgegangen werden. Erst müssen andere Anschauungen über die Lehrerschaft Platz greifen, ehe man ihre Forderungen ganz verstehe. Er freue sich aber, daß auch heut ausgesprochen wurde, daß die Lehrer nicht wankend werden wollen in ihrer Berufsfreudigkeit.

Abg. Dr. Wagner führte etwa folgendes aus: Man kann sagen, daß der Antrag Arendt eine wichtige Äußerung des Hauses ist, die die Regierung wohl beachten werde. 4 Klassen sind auch für mich und die freikonservative Partei unannehmbar. Beamte mit gleichen Pflichten müssen überall gleich bezahlt werden; Besonderheiten können ausgeglichen werden in der Wohnungsentschädigung und in Funktionszulagen. Alles ablehnen, wenn nicht jeder Wunsch erfüllt wird, ist Torheit. Niemand bezweifelt, daß die Lehrer den mittleren Beamten gleichstehen, aber die finanziellen Schwierigkeiten sind zu groß. Aus dem Zusatze: Bisheriges Einkommen darf nicht gekürzt werden, ziehe ich andere Schlüsse als der Vortragende. Es soll nur vermieden werden, daß bei einer etwaigen Beförderung das Gehalt gekürzt werde. (?) — Eine Vermehrung der Lehrerinnen in noch weiterem Maße, als es vom Vortragenden angegeben wurde, hielt auch er für nicht unbedenklich.

Auch Kollege Kapuste warnt, beide Vorlagen abzulehnen, wenn sie uns nicht befriedigen. Der Regierungsentwurf sei unannehmbar; die Vorlage Arendt befriedige zwar auch nicht, aber nach Verbesserung ihrer Fehler, wozu wir beitragen müßten, ließe sie sich wohl entgegennehmen. So müßte vor allen Dingen den Großstädten gestattet werden, mehr zu zahlen.

Professor Gürich bittet, ihm zu glauben, daß er reges Interesse für alle Fragen hat. Er kenne die Nöte und Lebensfragen des Lehrerstandes, denn er sei im Lehrerhause aufgewachsen.

Kollege Theißig erwiderte, daß er nicht auf dem Standpunkt stehe: „Entweder alles oder nichts“, sondern nur die Gleichstellung entweder zeitgemäß oder gar nicht wünsch. Sie dürfe nicht wie es möglich scheine, auf einer mittleren Linie erfolgen, sondern müsse auf ausreichender Grundlage fußen.

Kollege M. Bartsch betont, daß der Antrag Arendt deshalb Beunruhigung hervorgerufen hat, weil man durch ihn eine Gleichstellung nach unten befürchtet. „Wir wollen nicht bloß Gleichstellung, sondern Gleichstellung mit den Sekretären.“ Er bittet die Abgeordneten, diesen Standpunkt zu vertreten. Auch Kollege Stanelle bittet Herrn Dr. Wagner, klipp und klar zu sagen: Ich bin für eine Gleichstellung mit den Sekretären.

Abg. Dr. Wagner will diesen unsern Wunsch vertreten, meint aber, es nütze nichts, wenn die andern Parteien dagegen sind. Er habe nicht die Ansicht, daß der Antrag Arendt eine Gleichstellung nach unten bedeute. Man müsse erst abwarten, was die Regierung nach Ablehnung der 4 Klassen sage.

Rektor Köhler wünscht Wegfall des Zusatzes, daß nur Gemeinden bis zu 25 Schulstellen Staatsunterstützung erhalten sollen. Das Hauptgewicht müsse auf die Leistungsunfähigkeit, nicht auf die Zahl gelegt werden.

In seinem Schlußwort betont Kollege Theißig, daß wir nicht Schuld oder Unschuld abwägen, sondern daß wir arbeiten wollen, damit wir Material schaffen und allmählich zum Ziele kommen. Er bittet die Abgeordneten, dafür einzutreten, daß im Herbst das Gesetz bestimmt komme, daß darin Stadt und Land gleichgestellt werde und daß es nicht eine Gleichstellung auf mittlerer Linie bringe.

Schlesischer Lehrerverein für Naturkunde.

Aus dem Jahresberichte für 1907.

Wenn der Zuwachs an Mitgliedern eines Vereins ein Zeichen des Wachstums und Gedeihens ist, so kann man sagen, daß sich der Schles. L.-V. f. Naturkunde in seiner Entwicklung vorwärts bewegt. Zu diesem immerhin äußerlichen Zeichen tritt die geleistete Arbeit, die Zeugnis ablegen kann, ob der beschrittene Weg der richtige ist.

Pfingsten 1907 hielt der Verein zu Königshütte O.-Schl. seine 2. Hauptversammlung ab, der eine Sitzung des Gesamtvorstandes voranging. Beide Sitzungen standen unter dem Zeichen der Bearbeitung und Ergänzung der Satzung. Leider mußte der Vortrag des Herrn E. Scholz-Königshütte über insektenphänologische Beobachtungen wegen Erkrankung des Redners ausfallen. Jedoch unterzog die Versammlung die vorgelegten Thesen einer Besprechung. Der Vortrag

des Kollegen E. Scholz ist nunmehr als besondere Schrift des Provinzialvereins in Druck gelegt und wird allen Mitgliedern zugestellt werden. Möchten nun die Bez.-Vereine und Einzelmitglieder den in dieser Schrift niedergelegten Anregungen fleißig Folge geben und sich bereitwilligst in den Dienst dieser neuen Tätigkeit unseres Vereins stellen.

Dieselbe Versammlung beschloß die Aufstellung eines Verbandsthemas für die 2. Geschäftsperiode. Gewählt wurde die Behandlung der Schulgartenfrage. Auf der 3. Hauptversammlung, Pfingsten 1909, soll das Thema seine Erledigung finden.

Im letzten Jahre beschäftigte sich der Verein in seinen einzelnen Gliedern mit der Idee des Heimatschutzes. Eine Zahl von Bez.-Vereinen hat sich darin praktisch betätigt und ist im geeigneten Augenblicke an die Abgeordneten des bezügl. Wahlkreises mit Wünschen herangetreten, die bei der Beratung des Gesetzes über Naturdenkmalspflege im Abgeordnetenhaus zum Vortrag gebracht werden sollten.

Auch haben einige Bez.-Vereine Verzeichnisse seltener Pflanzen und Tiere und sonstiger Naturdenkmäler herausgegeben und damit dem öffentlichen Schutze empfohlen.

Zu den 37 vorhandenen Bez.-Vereinen sind 4 hinzugekommen; so daß am Ende des Jahres 41 mit 1059 Mitgliedern vorhanden sind. Der Mitgliederstand Ende 1906 betrug 906, der Abgang 81, der Zugang 234. Es wurden 95 Sitzungen mit 90 Vorträgen gehalten; 44 Exkursionen und 3 Pilzausstellungen veranstaltet. Die Zahl der arbeitenden Vereine ist gegen das Vorjahr um 5 auf 24 gestiegen. Noch beziehen die übrigen nur gemeinsam die Schriften des Hauptvereins. Doch ist zu hoffen, daß die eigene Tätigkeit auch weiterhin steigen wird.

Um die Tätigkeit der einzelnen Bez.-Vereine zu kennzeichnen seien hier nur die Zahl der Veranstaltungen angegeben:

Breslau 8 Sitzungen, 2 Exkursionen. Dittersbach 3 Stzg. und 3 Exk. Gottesberg 4 Stzg. Goldberg 2 Stzg. Görlitz 11 Vorstandssitzungen, 8 Stzg., 6 Exk. und eine öffentl. Pilzausstellung. Grünberg 4 Stzg., 1 Exk. Haynau 6 Stzg., 2 Exk. Hirschberg 5 Stzg. 2 Exk. Königshütte I 2 Stzg. Königshütte II 4 Stzg., 4 Exk. Liegnitz 7 Vorstandssitzungen, 8 Stzg., 5 Exk., eine Pilzausstellung; in zwanglosen wöchentlichen Zusammenkünften wurden 19 Vorträge bzw. Referate gehalten. Langenbielau 2 Stzg., 1 Exk. und ein Verzeichnis von Naturdenkmälern. Lüben 8 Stzg., 2 Exk. Muskau 8 Stzg., 2 Exk. Neurode 2 Stzg., 3 Exk. Neumarkt 3 Stzg. Ob.-Panthenau 1 Exk. Festenberg 1 Stzg. Kreuzburg 1 Stzg., eine Pilzausstellung. Schweidnitz 3 Exk. Schlegel 2 Stzg. Striegau 5 Stzg., 4 Exk. Kreibitz 2 Stzg., 1 Exk. Rosdzin 2 Exk.

Die Einnahmen des Vereins beliefen sich auf 2506,14 M., die Ausgaben auf 2469,28 M., so daß ein Kassenbestand von 36,86 M. bleibt. Den Aktiven von 278,01 M. stehen 261,25 M. Passiven gegenüber. Das Vereinsvermögen beziffert sich demnach auf 16,76 M. Kasse und Bücher sind am 22. Febr. 1908 von Herren Lindemann und Michael geprüft und in Ordnung befunden worden.

Zum Verkehr der einzelnen Bez.-Vereine untereinander seien die für 1908 bestehenden Bez.-Vereine mit ihren Vorsitzenden angegeben: 1. Breslau, Mittelschullehrer Max Rolle. 2. Boyadel, Eckert, L. 3. Bunzlau, Brucke, L. 4. Dittersbach, Jagsch, L. 5. Festenberg, Sobirey, H. in Gr.-Schönwald. 6. Freystadt, Pohl, L. 7. Friedland, Haeusler, L. 8. Giesmannsdorf bei Sprottau, Friedewald in Waltersdorf. 9. Glatz, Großmann in Hassitz bei Glatz. 10. Glogau, Leutloff, M.-L. 11. Gnadenfrei, Schneider, L. 12. Goldberg, Emmerich, L. 13. Görlitz, A. Seifert, L. 14. Gottesberg, Gansel, L. 15. Grünberg, Schmidt, L. 16. Haynau, Heider, L. 17. Hirschberg, Hertrampf I, L. 18. Königshütte I, Kuhnert, L. 19. Königshütte II, A. Schulz, L. 20. Klenowe, Kiese, L. 21. Kreibitz, Grundmann, K. in Steinsdorf. 22. Landeshut, Roth, R.-G. 23. Langenbielau, Henkel, L. 24. Liegnitz, Trieb, L. 25. Lüben, Hecht, L. 26. Muskau, Gerlach, L. 27. Neumarkt, Pusch, L. 28. Neurode, Bürke, H. 29. Neusalz a. O., Tschierschke, L. 30. Niesky, Kramer, L. 31. Ob.-Panthenau, Stephan, K. 32. Ratibor, Sajak I, L. 33. Reichenbach i. Schl., Hernig, L. 34. Rothenburg a/O., Richter, H. 35. Rosdzin, Minnick, L. 36. Sagan, Hellmich, M.-L. 37. Schmaradt bei Kreuzburg, Warschek, H. 38. Schweidnitz, Schoepke, Dir. 39. Striegau, Seifert, L. in Muhrau. 40. Trebnitz, Blaschke, L. 41. Warmbrunn, Schönfeld, L.

Görlitz.

A. Seifert.

Wochenschau.

Wann war es denn? Am vorigen Donnerstage, gerade als unsere letzte Nummer ausgetragen wurde. Tags vorher hatten wir uns noch im Bezirksbureau den Kopf zerbrochen über die Geheimnisse der zukünftigen Besoldungsvorlage. Da erschien No. 20 der „Päd. Ztg.“ mit einem Leitartikel gleich an der Spitze „Über die Grundzüge des neuen Besoldungsgesetzes“. „Wie es von der Regierung geplant ist“, lautete der Zusatz, und kurz vor dem Abschluß ihrer letzten Nummer hatte die „Päd. Ztg.“ den Inhalt erfahren. Also mitten unter der Zeit, nach Schluß des alten Landtags, kurz vor der Neu-

wahl wurden die auch vor der Unterrichtskommission sorglich gehüteten Sätze öffentlich bekannt. Gelüftet soll ja schon vorher einmal die „Köln. Ztg.“ den Schleier haben. Ihre drei Normalstaffeln 1350, 1500 und 1650 M. sind noch in aller Gedächtnis und viel ist darüber geschrieben worden. Unser erster Blick auf die vermeintlich wirklichen und wahrhaftigen Grundzüge der „Päd. Ztg.“ zeigte uns 4 Staffeln mit kleinen Spannungen von 50 M. in der 2. und 3. und mit einer größeren in der 4. Stufe. Wird es schon innerhalb der Gemeinden Mühe genug kosten, diese 50 M. ganz oder stückweise zu erreichen, so wird die Möglichkeit, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde darüber hinaus zu steigen, vielleicht noch viel saurer werden. Und was ist maßgebend für die Feststellung der Grenze in den einzelnen Stufen? Die Einwohnerzahl, also eine mechanische Maßnahme. Wie bitter haben die Dörfer in der Nähe einer Großstadt, die fast unter denselben Lebensbedingungen stehen, bisher schon geklagt. Nun sind sie mit ihrer Einwohnerzahl unter 5000 auf die unterste Stufe gebannt.

Wir haben hier eine Leiter vor uns, von deren unterster Sprosse jeder so schnell als möglich fortstreben wird. Diese Stufe wird zuletzt veröden und vereinsamen, und der Stellenflucht ist Tor und Tür geöffnet. Die Orte an sich wachsen doch nicht so schnell um mehrere tausend Köpfe, folglich wird jede Vakanz in einer höheren Gruppe zahlreichen Zuspruch finden. Wir hatten gleich nach Bekanntwerden der Zahlen Gelegenheit, einen Unglückseligen zu fragen, wieviel Einwohner die Stätte seiner Wirksamkeit zählt. Es waren zwischen 4000 und 5000. Ärmster, schaffen Sie 5001 Kopf bis zur nächsten Volkszählung. Die 50 M. Plus fallen ja nicht sehr ins Gewicht; aber die Alterszulagen. So beängstigend winzig sind die Zulagen abgezählt, und bei 1350 und 150 bleiben die Lehrer nach wie vor im Bannkreis der Unterbeamten, von welchem sie endlich nach heißem Bemühen sich einmal zu erheben gedachten. Immer wieder und immer lauter haben sie ihre Forderungen vom IV. Preuß. Lehrertage wiederholt. Aber wirkungslos verhallt ihr Rufen. Auch von Gleichstellung in Stadt und Land, wie die Unterrichtskommission sie kurzerhand wünscht, sind wir weiter als je entfernt. Wie müßten die Sätze ausfallen, auf Grund deren eine solche Einrichtung ausführbar wäre. Die „patientierten“ Gleichstellungsfreunde, wie sie in ihren Blättern sich selbst ironisierend bezeichnen, scheinen ja schon zufrieden zu sein, wenn nach der Tendenz des Antrags Arendt „die Vorrechtstellung der großstädtischen Lehrer gebrochen und ihnen ihre so sehr geliebte Extrawurst entzogen würde“. So heißt es geschmackvoll in einem ihrer Organe; denn, sagen sie, „Gleichstellung haben sie ja uns gegenüber stets geheuchelt. Nur verbargen sie bei Beginn des Kampfes in Wirklichkeit dadurch ihr wahres Gesicht, indem sie unsere Forderungen nur als Ideal, als ein Prinzip angesehen wissen wollten. Mit diesem Geschwätz gingen sie natürlich auf den Gimpelfang aus.“ — Und nun? Was für ein Geschrei wird sich in jenen Reihen erheben, wenn jetzt Riesensummen unverdient in unsern Schoß geworfen werden sollen! Es ist zum Gotterbarmen!

Doch tröstet euch, dieser neue Entwurf ist erstens noch nicht einmal authentisch, zweitens wird er kaum durchgehen, sonst wäre er nicht laut geworden. Reden und kritisieren darüber müssen wir freilich nach allen Kanten hin; man weiß doch nicht, was im Hintergrunde schläft. So ist uns beispielsweise folgende Resolution zu Gesicht gekommen:

„Die mechanische Festsetzung der Gehaltsstufen nach der Einwohnerzahl ist als die einseitigste Hervorkehrung der örtlichen Verhältnisse zu erachten und muß schwere wirtschaftliche Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten im Gefolge haben.“ — „Das Anfangsgehalt und die Steigerung in den unteren Stufen ist zu dürftig.“ — „Dem Stellenwechsel ist der weiteste Spielraum geboten. Das Hauptziel, Ständigkeit der Lehrerstellen auf dem Lande, ist auf diesem Wege nicht zu erreichen.“

Die „Päd. Ztg.“ hat vielleicht schon eine antiquierte Vorlage in die Hand bekommen, über die man sich nicht

mehr den Kopf zerbrechen dürfte. Sie schreibt ja selbst, diese Grundzüge waren von der Regierung vor den bekannten Verhandlungen der Unterrichtskommission geplant. Sie leben also vielleicht gar nicht mehr. In der Provinz Posen war bereits das Gericht verbreitet, die Staatsregierung habe die von allen Parteien hart bekämpfte Staffeldung der Lehrergehälter fallen lassen und dafür ein einheitliches Normalgehalt von 1400 Mk. Grundgehalt und 200 Mk. an Alterszulagen festgesetzt. Um dieses Gericht glaubhafter zu machen, berief man sich auf den Abg. Rzesnitzek, der eine dahingehende Erklärung Lehrern seines Wirkungsortes gegenüber abgegeben haben sollte. Die „Posener Lztg.“ hegte starke Zweifel an der Richtigkeit und wandte sich an Herrn Rz. mit der Bitte um Aufklärung. Darauf traf umgehend folgendes Antwortschreiben ein:

„Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen mit, daß das Gerücht in der Fassung nicht zutrifft. Ich habe meinen hiesigen Kollegen gesprächsweise mitgeteilt, daß ich und meine politischen Freunde für die in Aussicht genommene Staffeldung der Gehälter nicht zu haben sein würden, da es sich jetzt darum handele, aus den Lehrern einen gleichberechtigten Stand zu bilden und ihnen die so oft versprochene Laufbahn auch wirklich zu eröffnen. Ich habe das im Plenum des Abgeordnetenhauses und in der Presse des weiteren ausgeführt. Auf die Frage, welchen Einheitssatz ich als angemessen ansehen würde, gab ich an, daß ich für weniger als 1400 Mk Grundgehalt und 200 Mk Alterszulagen nicht würde stimmen können und auch nur in der Voraussetzung, daß dadurch den Gemeinden die Bewegungsfreiheit nach oben nicht unterbunden werden dürfe. Ich habe diese Ansicht auch im „Tag“ geäußert. Unser vom Abgeordnetenhaus angenommener Entwurf läßt diese Regelung zu. Ich wünsche dem Lehrerstande, daß ihm die nächste Legislaturperiode Abgeordnete bringen möge, die sie auch in diesem Sinne ausführen. Von einer Entschließung der Staatsregierung ist mir nichts bekannt.“

Ein sehr bedächtiges Blatt, die „Deutsche Schulztg.“, arbeitet in demselben Zahlenkreise. Sie schreibt:

„Wer mit offenen Augen die Verhältnisse betrachtet, der wird zu der Überzeugung kommen, daß es jetzt, wo eine Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land nur durch eine Gleichstellung nach unten, nicht nach oben erreicht werden kann, eine Verwendung von Kraft am unrechten Orte wäre, wenn noch weiter alle Bemühungen für die Gleichstellung eingesetzt würden.“

Wofür soll dann gearbeitet werden? Nicht für völligen Ausgleich, sondern für tunlichste Annäherung der Gehälter. Könnte es erreicht werden, daß bei der bevorstehenden Gehaltsregelung als Mindestsätze ein Grundgehalt von 1400 Mk und Alterszulagen von 200 Mk gewährt würden, so dürfte die Lehrerschaft mit dem Erfolge ihrer Tätigkeit wohl zufrieden sein.“ (Warum nicht 1500? D. Red.)

Indem wir diese beiden Zitate den Lesern zu eigener Betrachtung und Erwägung überlassen, eilen wir, gedrängt von furchtbarem Raummangel, zum Schluß. Festhalten müssen wir unter allen Umständen an unserer alten eisernen Forderung vom IV. Preußischen Lehrertage. Darüber besteht wohl kein Zweifel. In der vorigen Woche hatte es den Anschein, als ob ein Hauptmitarbeiter an dem neuen Gesetz, der Freiherr von Zedlitz, für das Abgeordnetenhaus heimatlos werden sollte. Mit nicht geringem Staunen las man von einem Gerücht, wonach im Kreise Waldenburg zwischen Freikonservativen und Zentrum ein Kompromiß geschlossen sei, welchem Herr v. Zedlitz zum Opfer fallen müsse. Die Nachricht hat in unsern Kreisen Beunruhigung hervorgerufen. Wie wir aber jetzt erfahren, bestätigt sie sich glücklicherweise nicht. Die Freikonservativen halten an Herrn v. Zedlitz fest. Unbedingt ist aber auch Freiherr v. Zedlitz, und gerade dieser, von den Kollegen vorher anzufragen, ob er etwa für Gleichstellung von Stadt und Land auf einer mittleren, ungenügenden Grundlage ist und für gesetzliche Maßnahmen, die ein Steigen der Gehaltsätze nach oben erschweren oder verhindern. Auch ist es erforderlich, bestimmte Erklärungen über die Reform des Wahlrechts von ihm zu hören. Nur von einem gesunden Fortschritt in diesen grundlegenden Fragen kann auch unser Stand eine bessere Zukunft erwarten.

Neu und angenehm war uns die Nachricht, daß im Wahlkreise Schweidnitz als nationalliberaler Kandidat Rektor Gramme

in Freiburg, aufgestellt worden ist. Viel Glück! Sonst ist und bleibt es auf dem weiten großen Wahlfelde auffallend ruhig. Wir fühlen, das ist kein gutes Zeichen!

Mitteilungen.

Berlin. [Zur Lehrerinnenfrage.] Nach einer dem Handbuch der Frauenbewegung (Teil III) entnommenen Aufstellung verteilen sich Lehrer und Lehrerinnen folgendermaßen:

	Lehrer	Lehrerinnen	Prozentsatz der Lehrerinnen
Österreich	51 500	20 000	28
Ungarn	26 365	5 936	18,5
Schweiz	6 400	3 600	36
England und Wales	26 200	66 300	71,5
Schottland	4 000	7 000	63,6
Irland	6 000	7 000	53,8
Dänemark	4 500	1 800	28,6
Schweden	4 922	2 649	35
Norwegen Stadt	683	1 216	69,3
„ Land	3 169	1 138	26,4
Finnland Stadt	210	580	73,4
„ Land	960	920	49
Rußland	38 700	22 400	36,6
Frankreich	56 370	49 400	46,7
Italien	18 600	31 800	63
Portugal	2 300	22 000	88,2
Vereinigte Staaten	6 300	76 348	92,3

Diese Übersicht zeigt, daß diejenigen Staaten, in welchen die römische Kirche eine dominierende Stellung einnimmt, der Verwendung weiblicher Lehrkräfte freundlich gegenüberstehen. Das gleiche gilt von den Staaten, in welchen die Erziehung von jeher Sache der Familien, der Genossenschaften und Vereine, überhaupt ein Gegenstand der freien Bestimmung der Eltern war. Auch in den nordamerikanischen Staaten wirken mehr Lehrerinnen als Lehrer. Dieses Verhältnis hat dort wohl in der eigentümlichen Stellung des Weibes seinen Grund. Die Gleichheit der Geschlechter ist zwar auch in Amerika noch nicht theoretisch anerkannt, aber im öffentlichen Leben genießen die Frauen dort eine Achtung, wie in keinem andern Lande. Dazu kommt, daß dort der Lehrstand von den Männern gewöhnlich nur als eine Durchgangsperiode betrachtet wird, die weiter führen soll, und die Statistik weist nach, daß wenige mehr als 5 Dienstjahre zählen. (Allg. dtsh. Lztg.)

— [Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung] hielt am 7. Mai unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich zu Schoenaich-Carolath eine Sitzung ab, in der der Jahresbericht für das Jahr 1907 festgestellt wurde. Die Gesellschaft hat im verflossenen Jahre ihre Arbeiten wesentlich erweitert und einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Zur Beschaffung der dadurch nötig gewordenen größeren Mittel ist eine umfangreiche Werbung neuer Mitglieder eingeleitet, und außerdem sollen vermögende Freunde der Gesellschaft um größere Unterstützungen angegangen werden. Der Zentralausschuß beschließt eine Erweiterung der Einrichtungen der Gesellschaft zur Förderung des öffentlichen Vortragswesens und bewilligt die erforderlichen Mittel. Für die gemeinnützige Aktiengesellschaft, die zur Fortführung des Märkischen Wanderspieltheaters begründet werden soll, werden weitere 3000 Mk zur Verfügung gestellt. Aus der de Cuvry'schen Erbschaft, die der Gesellschaft vor 12 Jahren zugefallen ist, sollen, wenn möglich, durch Vereinbarung mit den Miterben einige Mittel flüssig gemacht werden.

Breslau. [Pädagogische Abteilung.] Am 11. Mai referierte Kollege E. Zobel im Kaufmannsheim über die am 17. Febr. d. J. im Abgeordnetenhaus erfolgte Beratung des Antrages Schiffer und Gen. Im Jahre 1904 ordnete der Handelsminister im Anschluß an Klagen, die über die Vorbildung der Fortbildungsschüler im Lande erhoben wurden, in einzelnen Fortbildungsklassen einer Reihe größerer, mittlerer und kleinerer Städte Prüfungsarbeiten im Deutschen und Rechnen an. Das Resultat dieser Untersuchungen ist von dem Herrn Minister in den Worten zusammengefaßt worden: „Im ganzen sind die Ergebnisse nicht erfreulich.“ Einen womöglich noch ungünstigeren Erfolg hatte eine zweite Untersuchung, die im nächsten Jahre vom Deutschen Verbands für das kaufmännische Unterrichtswesen veranstaltet wurde; nur ein Drittel aller Arbeiten soll dabei genügend gewesen sein. Weil aber gegen diese ersten beiden Erhebungen eine Reihe gewichtiger Bedenken laut wurden, erfolgte 1906 eine dritte Untersuchung in erheblich erweitertem und vertieftem Umfange, bei der auf die Beschaffenheit der Schüler, ihren Abgang aus verschiedenen Schulen und Klassen und die Frist seit ihrer Schulentlassung Rücksicht genommen wurde. Allgemein ist zugegeben worden, daß den ersten beiden Erhebungen eine vollständige Beweiskraft bis in die allerletzten Konsequenzen nicht beiwohnt; dabei blieb aber der Verdacht bestehen, daß in der Volksschule in der Tat nicht alles so in Ordnung sei, wie es zu wünschen wäre. Aus diesen Erwägungen heraus brachten die Landtagsabgeordneten Schiffer und Gen. im Ab-

geordnetem Hause folgenden Antrag ein: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung um eine eingehende Auskunft zu ersuchen 1. über die Ergebnisse der letzten vom Herrn Handelsminister angestellten Untersuchungen über die Vorbildung der Fortbildungsschüler, 2. über die Stellung des Herrn Unterrichtsministers zu diesen Ergebnissen, 3. über die Maßnahmen zur Behebung der in diesen Ergebnissen etwa zutage getretenen Mängel des Volksschulunterrichts.“ Zu dem Antrage, der der Unterrichtscommission überwiesen wurde, erklärte der Herr Kultusminister, daß die Ergebnisse der letzten Untersuchung noch nicht verarbeitet sind. Bei der Beratung des Antrages trat eine erfreuliche Wertschätzung der Volksschularbeit zutage, die in der Erklärung des Ministers gipfelte, daß die preußische Volksschullehrerschaft den Erwartungen, die an sie gestellt worden sind, voll und ganz entsprochen hat, und daß das, was die Volksschule geleistet hat, das Verdienst der Volksschullehrer ist. Für etwaige Mißerfolge wurden neben Überfüllung der Klassen, Lehrermangel, übermäßiger Belastung mit Memorierstoff, allzu großer Einengung des Lehrers durch allerlei Vorschriften, Belastung der Volksschule mit allerlei Nebensachen usw., auch die nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehenden Falkschen Unterrichtsregulative verantwortlich gemacht, die zu wenig Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse nehmen und bewirken, daß die Schüler wohl eine ganze Menge formales Wissen, aber wenig positives Können aus der Volksschule mitnehmen. Von einer Seite wurde der Fortbildungsschule, die selbst noch in den Kinderschuhen stecke, das Recht bestritten, der Volksschule minderwertige Leistungen vorzuwerfen, so lange sie nicht selbst gezeigt habe, daß sie besseres leiste. Auch sei der Verdacht nicht abzuweisen, daß die Leistungen der Volksschule seitens der Fortbildungsschule vielfach gefälscht herabgemindert würden, um einerseits ihr Licht heller leuchten zu lassen, andererseits aber die eigenen Mißerfolge der Volksschule in die Schuhe schieben zu können. Als Maßnahmen zur inneren Hebung der Volksschule bezeichnete der Herr Minister die neuen Seminarlehrpläne vom Jahre 1901 sowie die Weisung an die Schulaufsichtsbeamten vom 31. Jan. d. J., die sich gegen zu abstrakte Gestaltung des Unterrichts wendet. Das Hauptmittel zur Hebung der Volksschule sei die Hebung der Ausbildung und Stellung des Lehrers. — In der Diskussion über das Referat wurde auch eine Maßregel besprochen, die als eine Ausführungsbestimmung zu der ministeriellen Weisung vom 31. Jan. angesehen werden könnte. An die hiesigen Schulleiter sollen nämlich mündliche Weisungen betreffend die auch in den Realien geforderten kurzen Niederschriften ergangen sein. Höchste Verwunderung erregte es nun in der Versammlung, daß diese Anordnung von den verschiedenen Schulleitern die verschiedenste Auslegung erfahren zu haben scheint, die in manchen Fällen sogar so weit geht, daß jeden Monat in jedem realistischen Fache eine längere Arbeit in ein besonderes Heft einzutragen und vom Lehrer zu korrigieren sei.

Hoferichter.

— [Weibliche Rektoren.] Die Berliner städtische Schuldeputation beschloß in ihrer letzten Sitzung auf Grund des Antrages einer Lehrerin, die Lehrerinnen auch als Rektorinnen anzustellen, wenn sie dieselben Examina ablegen wie die Rektoren. Der Magistrat wird sich an das Provinzialschulkollegium wenden, um zu hören, ob das Verfahren zulässig ist. (Hört, ihr Herrn, und laßt euch sagen! D. Red)

— Die Firma Max Bocksch in Breslau hat an die Schnellereise Tagesschule in Jerusalem ein Mannorgel-Harmonium geliefert, das für den Tropentransport besonders hergerichtet worden ist.

— [Orientfahrten.] Herr Bolthausen in Solingen veranstaltet im Laufe des Sommers 2 Orientfahrten. Die erste beginnt am 9. Juli in Konstantinopel, die zweite am 20. August. Ende der ersten Reise erfolgt am 5. August in Triest, die der zweiten am 16. September. Preis I. Kl. 950 *M.* Preis II. Kl. 790 *M.* Besucht werden u. a. Smyrna, Beirut, Baalbek, Damaskus, Mekkah, See Genezareth, Tiberias, Kana, Nazareth, Haifa, Karmel, Sicheim, Jakobsbrunnen, Bethel, Jerusalem, Betlehem, Jericho, Totes Meer, Jordan, Jaffa und Kairo. Näheres von dem Reiseleiter, der auf Wunsch jede Auskunft gern erteilt. — Im Januar 1909 gedenkt Herr Bolthausen eine Reise nach dem Sudan zu unternehmen. Die ganze 35tägige Reise ab Genua bis Kairo kostet 2900 *M.* — Für Markensammler hat Herr Bolthausen 4 verschiedene Kuverts zusammengestellt; dazu kommt eine Jericho-Karte, die ebenfalls verschiedene Marken trägt. Näheres durch den Reiseführer selbst. — Ansichtskarten-Sammler empfangen gegen Einsendung von 1,80 *M.* im Jahre 1909 sechs Aquarellkarten aus dem Sudan.

Breslau-Land. Der Lehrerverein Breslau-Land hielt am letzten Sonnabend in seinem Vereinslokal eine Sitzung ab, zu der auch die Vorsitzenden aller Lehrervereine der Kreise Breslau-Land und Neumarkt geladen und meist erschienen waren. Der Vorsitzende berichtete über seinen Briefwechsel mit den beiden Herren Landtagsabgeordneten des Wahlkreises zwecks Vorbereitung einer Versammlung aller Lehrer von Breslau-Land—Neumarkt. Diese Versammlung wird zunächst nicht abgehalten werden. Die Herren Abgeordneten aber haben die Absicht geäußert, mit einer Anzahl Lehrer des Wahlkreises

wegen der Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes Rücksprache nehmen zu wollen. Es werden sich darum mehrere Kollegen zu den Abgeordneten Grafen Harrach und Carmer begeben; außerdem wollen die Lehrer an den Wahlversammlungen in Brockau und Neumarkt teilnehmen. — Die durch die Presse veröffentlichten Grundzüge des neuen Besoldungsgesetzes gaben sodann Veranlassung zu einer sehr regen und eingehenden Besprechung der neu geschaffenen Sachlage. Der Verein faßte folgenden Beschluß: „Wir bestehen nach wie vor auf der Forderung der unbedingten gehaltlichen Gleichstellung mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung. Sollten sich der Erfüllung dieser Forderung wider Erwarten unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen, dann hegen wir zu der Einsicht und dem uns so oft versicherten Wohlwollen der gesetzgebenden Faktoren die bestimmte Erwartung, daß sie bei der bevorstehenden Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes solchen Gehaltssätzen ihre Zustimmung versagen werden, die uns nicht wesentlich an die Grenze der Gehaltssätze der Sekretäre der allgemeinen Staatsverwaltung heranbringen.“

Beuthen O/S. Ein alter Schulmann, der sich um das Beuthener Volksschulwesen hochverdient gemacht hat, ist in die Ewigkeit abberufen worden. In Breslau, wo er ausruhte von seiner langjährigen Amtstätigkeit, ist am 10. d. Mts. der frühere allverehrte Rektor an der hiesigen evang. Volksschule, Herr Gottlieb Arndt, im Alter von fast 88 Jahren gestorben. Der Verstorbene wurde am 25. Juli 1820 zu Pampitz bei Brieg geboren. Für den Eintritt in das Seminar wurde er in Brieg vom Vater des hier pensionierten Kantor Bürckner vorbereitet. Den 3jährigen Seminarkursus absolvierte er von 1838 bis 1841 in Breslau. Die Königl. Regierung zu Oppeln berief ihn am 1. Oktbr. 1843 an die neugegründete, zunächst einklassige hiesige evang. Volksschule, an welcher er erst als Lehrer, dann viele Jahre als Rektor in segensreichster Weise bis zu seiner zu Michaelis 1889 erfolgten Pensionierung gewirkt hat. Zu der Zeit, als in Beuthen noch keine höheren Schulen waren, hatte die dem Rektor Arndt unterstellte Schule hier und in der Umgegend einen gewissen Ruf, da er in derselben Knaben für auswärtige Gymnasien vorbereitete, welche die Aufnahme in die Quarta, auch in die Tertia bestanden. In verhältnismäßig jungen Jahren erhielt er den Adler der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens; bei seiner Pensionierung wurde ihm der Kronenorden 4. Kl. verliehen.

Kreuzburg O/S. [Die Festordnung] für die 50jährige Jubelfeier des Kreuzburger Lehrerseminars ist von der Seminardirektion dahin abgeändert worden, daß die Feier in den Tagen vom 4.—6. Juni stattfindet, und zwar: Donnerstag, den 4. Juni: Konzert in der Aula, Begrüßungsversammlung im Stadttheatersaale; deklamatorische, musikalische und turnerische Darbietungen. Freitag, den 5. Juni: Festgottesdienst und Festfeier in der evang. Kirche, Besichtigung des Seminars und der Ausstellung von Lehrmitteln und Schülerzeichnungen; Turnen und Spielen der Seminaristen, Präparanden und Übungsschüler; Festmahl im Stadttheatersaale. Sonnabend, den 6. Juni: Ausflüge.

Oberschlesien. [Der Wohnort der Volksschullehrer und -Lehrerinnen.] Im ober-schles. Industriebezirk wohnen vielfach Lehrer und Lehrerinnen nicht an dem Orte, wo sie angestellt sind. Das widerspricht dem Ministerialerlaß vom 22. Oktober 1889. Danach „ist der einem Lehrer angewiesene Wohnort der Ort, in welchem die Schule sich befindet, an der die Lehrperson angestellt ist“. Es sollen jetzt seitens der Schuldeputationen bzw. Schulvorstände die nicht an dem Wohnort der Schule wohnenden Lehrpersonen aufgefordert werden, ihren Wohnsitz dort zu nehmen, wo sie amtieren.

— [Die Rechte und Pflichten der Schulpatronate.] Über die Befugnisse der Schulpatronate, die mit dem Inkrafttreten des Volksschulunterhaltungsgesetzes auf die Schulgemeinden übergegangen sind, herrschen, wie über die Rechte und Pflichten der Schuldeputationen, vielfach irrige Ansichten. So ist man der Meinung, daß den Gemeinden, die die Lehrkräfte jetzt zu berufen haben, auch das Recht zustehe, die Lehrpersonen versetzen zu können. Das ist nun auch ein großer Irrtum. Das Recht der Besetzung der Lehrstellen steht den Gemeinden jetzt wohl zu, aber niemals das Recht, eine Lehrperson zu versetzen. Das ist glücklicherweise nach wie vor einzig und allein Sache der Schulaufsichtsbehörden.

— [Teuerungszulagen an Volksschullehrer.] Den Lehrern und Lehrerinnen der Volksschulen ist seitens der Kreisschulinspektionen jetzt die Mitteilung zugegangen, daß auf Grund der vom Unterrichtsminister unterm 21. April d. J. erlassenen Bestimmungen einmalige Zulagen von 150 *M.* an Lehrer und 125 *M.* an Lehrerinnen demnächst gezahlt werden. Die Lehrpersonen sind gesetzlich verpflichtet, den Betrag an die Schulverbände, für deren Rechnung die Staatskasse die Zahlung bewirkt, zurückzuzahlen, sobald die mit Rückwirkung vom 1. April 1908 in Aussicht genommene Abänderung des Lehrerbesoldungsgesetzes in Kraft getreten sein wird.

— [Von einem traurigen Geschick] wurde der Lehrer Dziuba aus Zaborze ereilt. Vor einigen Wochen, so berichtet das O. T., bemerkte er an seinem Gesichte Hautausschläge, die in Eiterung übergingen. Da sie sich schnell weiter verbreiteten, nahm er die Hilfe mehrerer Ärzte in Anspruch, die ihn schließlich nach

Breslau in die Maxklinik schickten. Dort wurde eine Blutvergiftung, höchstwahrscheinlich durch Fleisch- oder Fischgift hervorgerufen, festgestellt. Trotzdem sofort die umfassendsten Maßnahmen getroffen wurden, schritt die Krankheit so schnell vorwärts, daß D. nicht nur taub und blind, sondern im Gesichte derart entstellte wurde, daß er eine Gesichtsmaske tragen mußte. Am Sonnabend erlöste ihn der Tod von seinem schweren Leiden. Das Hinscheiden des allbeliebten und tüchtigen Lehrers wird allgemein bedauert.

Peiskretscham. [Zweite Prüfung.] In den Tagen vom 6. bis 8. Mai fand hier die diesjährige zweite Lehrprüfung statt, zu der sich 37 Lehrer gemeldet hatten. Es erschienen nur 33, von denen 30 bestanden.

Ratibor. [Die Entlassungsprüfung] am hiesigen Seminar wurde am 8. und 9. Mai abgehalten. Es bestanden 21 Zöglinge.

Zabrze O/S. [Zur Landtagswahl.] Am Dienstag den 12. Mai kamen die Vertreter fast sämtlicher katholischen und paritätischen Lehrervereine des Wahlkreises Kattowitz-Land-Zabrze im Grand-Hotel in Kattowitz zusammen, um die schulpolitischen Wünsche der oberschlesischen Lehrerschaft dem aufgestellten Landtagskandidaten Herrn Dr. Voltz zu unterbreiten. Nur der katholische Lehrerverein Myslowitz glaubte sich ausschließen zu dürfen, gab in dem Gleiwitzer Zentrumsblatte Kontradampf und — entsandte keinen Vertreter. Gönnen wir ihm die Extratour! Die Verhandlungen leitete Kollege Lentner-Zabrze. Die Wünsche sind in den beteiligten Vereinen besprochen und in 14 Leitsätze zusammengefaßt worden. Sie behandeln einerseits die ideale, andererseits die materielle Seite und lauten: Wir wünschen: 1. Die Bildung eines besonderen Unterrichtsministeriums und Berufung von hervorragenden Volksschulmännern in die Zentralinstanz. 2. Weiterentwicklung der Volksschule zu einer nationalen Bildungsanstalt durch Fortfall aller Vor- und Standeschulen (für die paritätischen Lehrervereine keine konfessionelle Trennung). 3. Zeitgemäße Regelung der amtlichen Stellung der Volksschullehrer, insbesondere durch Beseitigung der Ortsschulaufsicht und der geistlichen Schulaufsicht, der bürokratischen Bevormundung und durch Besetzung der Schulleitungs- und Schulaufsichtsstellen mit bewährten und erfahrenen Fachmännern. 4. Zeitgemäße Regelung der Lehrerbildung, Berechtigung zum Universitätsstudium. 5. Zeitgemäße Regelung der Lehrerbesehung nach den Forderungen des IV. Preussischen Lehrertages (Gleichstellung mit den Sekretären der inneren Verwaltung). 6. Beseitigung der Ausnahmestellung der Volksschullehrer in staatsbürgerlicher und kommunalpolitischer Beziehung (passives Wahlrecht — Schöffe). 7. Revision des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852. 8. Zeitgemäße Reform der Volksschullehrpläne, auch des Religionsunterrichtes unter Mitwirkung von Volksschullehrern. 9. Abtrennung aller mit dem Lehrerberuf nicht innerlich in Verbindung stehenden Nebenämter, Verbot der Übernahme der niederen Küsterdienste. 10. Errichtung einer Reichsschulbehörde, Reichsschulamt für Volksbildung und Volksschulwesen. 11. Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen. 12. Gewährung einer unwiderruflichen Ostmarkenzulage an die oberschlesischen Lehrer nach bestimmten Prozentsätzen, aber Fortfall sämtlicher Remunerationen für besondere Leistungen. 13. Beseitigung des Bremserlasses. 14. Einer Zentralisation in der Schulverwaltung können wir nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß der Lehrerschaft in der neu organisierten Kreisinstanz eine auf allgemeinen Wahlen seitens der zuständigen Lehrerschaft beruhende Vertretung gesichert werde. Herr Dr. Voltz gab zunächst seiner Freude Ausdruck, mit Vertretern der Lehrerschaft seines Wahlbezirkes verhandeln zu können, erkannte die Berechtigung der vorgelegten Wünsche an und versprach, für die Realisierung derselben — natürlich in erreichbarer Form — sein möglichstes zu tun, seine Kraft und seine Zeit einzusetzen. Die Verhandlungen nahmen einen höchst befriedigenden Verlauf.

Brandenburg. [Die Lichtenberger Schuldeputation] wird sich aus je 5 Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, 5 des Erziehungswesens kundigen Personen — darunter ein Rektor, ein Lehrer, eine Lehrerin — und den betreffenden Geistlichen zusammensetzen.

— [Der Charlottenburger Schuldeputation] sind als „des Erziehungs- und Volksschulwesens kundige Personen“ zugewählt worden: Rektor Eimbrodt, Lehrer Möller, Lehrerin Fräulein Neubart, Geh. Sanitätsrat Dr. Alt, Amtsgerichtsrat Koehne.

Pommern. [Pastor Pötter suspendiert.] Die Mühlen des pommerschen Konsistoriums scheinen langsam zu mahlen. Der seinerzeit durch den Stolper Schulprozeß bekannt gewordene hinterpommersche Pastor und Lokalschulinspektor Pötter, ein Sohn des früheren General-superintendenten der Provinz Pommern, ist, wie die Berliner „Volkszeitung“ meldet, jetzt suspendiert worden. Interessant bei dieser Suspendierung sind die Begleitumstände. Das Konsistorium hatte Pötter zunächst nach Wusterwitz bei Dramburg, dem Amtsdorfe des bekannten orthodoxen Pastors Knaak, des „Sonnenschiebers“ aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, versetzt. Diese Versetzung war insofern bemerkenswert, als die neue Stelle amtlich viel schwerer zu verwalten ist als die alte. Den Bauern der Gemeinde waren die Vorkommnisse in Stolp nicht unbekannt. Sie widersetzten sich als Inhaber der Patronatsrechte. Dazu waren sie vollauf in der Lage, weil sie als Rentenbauern ihre Patronatsrechte wie seinerzeit das Restgut nicht

an das Konsistorium abgetreten hatten. Diese Rechtslage hat das Konsistorium anscheinend nicht bedacht und es saß mit Herrn Pötter auf dem Trockenen. Nunmehr ist die Suspension verfügt worden.

Stettin. [Krüger-Frauendorf wieder im Amt!] In ihrer Nummer vom 10. Mai bringen die „Stett. Neuest. Nachr.“ die Mitteilung, daß Hauptlehrer Krüger in Frauendorf laut Verfügung der hiesigen Königl. Regierung am Montag, den 11. d. Mts., sein Lehramt wieder anzutreten habe. Damit dürfte die völlige Rehabilitation des durch seinen Seelsorger, den Pastor Moldt, fast an den Rand des Verderbens getriebenen alten Herrn erfolgt sein. Wir freuen uns mit ihm, besonders auch aus dem Grunde, weil einem gewissen Mißtrauen gegen die Behörde, das in letzter Zeit stark gewachsen war, dadurch weitere Nahrung genommen worden ist. Freilich bleibt nun noch abzuwarten, wie die Schulbehörde sich mit Konsistorium einigen wird; denn die Stelle des Hauptlehrers Krüger ist eine mit dem Kirchenamt organisch verbundene, der Kantor und Organist Krüger aber ist noch immer suspendiert. Warum? — das ist schwer anzugeben, zumal da die Untersuchung, die nun schon 2 1/2 Jahre dauert, bis heute noch nichts Tatsächliches von Bedeutung gegen den Kantor ergeben hat.

Westfalen. [Eine Panik in der Schule] richtete eine Ratte an. Es wird darüber geschrieben: Eine große Panik entstand während des Unterrichts in der Josephsschule in Weidenau i/W. Eine Ratte lief in dem Klassenzimmer herum; als die entsetzten Kinder zu schreien angingen, suchte das Tier einen Ausweg, und da es keinen fand, kroch es einem Mädchen an den Beinen hinauf und biß sich in den Hüften fest. Die Lehrer mußten dem Kinde, das vor Angst in Krämpfe fiel, erst die Kleider ausziehen, ehe es von dem böartigen Nager befreit werden konnte. Das Mädchen, an dessen Brust gleichfalls Rattenbisse konstatiert wurden, mußte in ärztliche Behandlung genommen werden.

Dortmund. [Deutsche Lehrerversammlung.] Bei dem allgemeinen Interesse, welches gegenwärtig dem Fortbildungsschulwesen entgegengebracht wird, ist der Ausstellungsausschuß bemüht gewesen, den Besuchern der Deutschen Lehrerversammlung auch einen Einblick in das gewerbliche Schulwesen der Stadt Dortmunds und Westfalens zu ermöglichen. Dank dem freundlichen Entgegenkommen des Herrn Direktors Regling werden die Dortmunds gewerblichen Unterrichtsanstalten während der Tagung allen Interessenten offen stehen. Hier können sich die Besucher mit einer praktischen werkstattlichen Einrichtung bekannt machen und Arbeiten aus den Klassen für Dekorationsmaler, Schreiner, Bildhauer, Kunstschmiede, Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder u. a. besichtigen. Auch die Übungs- und Lehrwerkstätten mit Maschinenbetrieb der Meisterkurse für die Provinz Westfalen und die in den Werkstätten ausgeführten Modelle und Gegenstände werden gern gezeigt. Herr Direktor Regling hat sich bereit erklärt, während der Ausstellungstage zugegen zu sein und jede gewünschte Auskunft zu erteilen. — Das gewerbliche Schulwesen unserer Stadt hat sich seit 1904 unter seiner jetzigen Direktion fast beispiellos entwickelt. Mehrfach gingen von hier neuzeitliche Anregungen aus und manche Einrichtungen und Lehrgänge wurden auswärts nachgeahmt.

— Um den zahlreichen Organisten unter den zu Dortmund versammelten deutschen Lehrern zu zeigen, daß die alte Tremonia auch auf dem Gebiete der Kirchenkonzerte ganz Hervorragendes leistet, hat sich Herr Musikdirektor Holtschneider, Organist an der hiesigen Synagoge, gern bereit erklärt, ein Orgelkonzert größten Stiles zu veranstalten. Es findet statt am Mittwoch, den 10. Juni in der Synagoge. Holtschniders Orgelkonzerte haben sich durch groß angelegte und künstlerisch hervorragend ausgeführte Programme einen weitverbreiteten Ruf erworben. Was ihre Beliebtheit in Dortmund in außergewöhnlichem Maße steigerte, ist der Umstand, daß Herr Holtschneider mit künstlerischem Geschick verstand, alles Starre, was Orgelkonzerten leicht anhaften kann, fern zu halten. Daß er sich des Konzerts für den Lehrertag mit besonderer Liebe angenommen hat, ist selbstverständlich. In Verbindung mit dem philharmonischen Orchester gelangt das Orgelkonzert G-moll von Rheinberger zur Aufführung. Ferner weist das Programm auf: Landate dominum für Sopran - Chor, 2 Violinen, Solo - Fagott, Baß und Orgel von Mozart; dann den 137. Psalm für Sopransolo, Frauenchor, Klavier, Harfe und Violine von Liszt, ein Solostück für Orgel unter Benutzung des Fernwerks und endlich das majestätische „Durch Nacht zum Licht“ für Orgel und Orchester von Lux. Solistisch werden sich an dem Konzerte beteiligen Fräulein Käthe Becker (Sopran) aus Berlin und Herr Karl Koch (Bariton) aus Dortmund. Anmeldungen nimmt Herr F. Hartlage, Dortmund, Möllerstraße 38 entgegen.

— Zehn Kollegen des Bezirkslehrervereins München können den Ausflug nach Holland wegen der Urlaubsverhältnisse erst von Donnerstag den (11. Juni) ab unternehmen. Da diese Tour so großen Anklang gefunden hat, so haben wir uns entschlossen, sie auch nach der Tagung stattfinden zu lassen, wenn sich eine genügende Anzahl Teilnehmer findet. Der Führer, Herr Lehrer Gerhard, Amsterdam, wird, wenn er für diese Zeit verhindert sein sollte, für Ersatz sorgen. Wir bitten nun, bei den Anmeldungen zu vermerken, ob die Teilnahme an der Fahrt nach Holland erst vom 11. Juni ab erfolgen soll. Zugleich machen wir auf die besonderen Fahrtausweise aufmerksam, die zur beliebigen Benutzung aller planmäßigen Wagen der Dortmunder

Straßenbahn berechtigen. Diese Karten sind streng persönlich und können nur im Empfangsbureau gekauft werden. Sie kosten ausschließlich Fahrkartensteuer, welche 5 \mathcal{H} für jeden Fahrausweis beträgt, 70 \mathcal{H} oder 1 \mathcal{M} , je nachdem sie für den 9. und 10. Juni oder für den 8.—10. Juni Gültigkeit haben.

Elsaß. [Herr von Köller gefällt sich in väterlichen Ratschlägen.] Der Herr Staatssekretär hat an die Lehrer des Reichslandes folgende Verfügung ergehen lassen: „Dem einzelnen Lehrer ist einerseits die Freiheit der Meinungsäußerung über Schulangelegenheiten, soweit ihm nicht die Pflicht der Amtsverschwiegenheit obliegt, nicht zu verkümmern. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Meinungsäußerung mündlich oder schriftlich, ob sie in der Presse oder innerhalb eines Fachvereins erfolgt, sofern sie überhaupt in einer formell nicht zu beanstandenden Weise erfolgt. Dagegen ist es andererseits nicht zu dulden, daß ein Lehrer durch agitatorische Behandlung der Schulfragen das Vertrauen der Gemeinde zu der Tätigkeit der Schule stört. In solchem Falle hat er das Einschreiten der Schulbehörde zu gewärtigen. Die vorstehenden Sätze beziehen sich selbstverständlich auch auf die in letzter Zeit oft gehörten Erörterungen, ob die konfessionelle oder die Simultanschule den Vorzug verdient. Ich bemerke dabei, daß diese Erörterungen nach der Lage der Dinge für den Bereich von Elsaß-Lothringen zurzeit lediglich theoretische Bedeutung haben, und daß diese Frage, wenn sie künftig einmal für eine Neueinrichtung des Schulwesens zur Behandlung gestellt werden sollte, nicht durch Fachvereine und Fachzeitschriften, sondern durch die gesetzgebenden Faktoren entschieden werden wird. Die Lehrerschaft wird daher wohl tun, sich nicht in Diskussionen zu verlieren, denen eine unmittelbar praktische Bedeutung nicht inneohnt, und besser darauf Bedacht nehmen, wie sie als Ganzes und wie jeder einzelne Lehrer die berufliche Weiterbildung so fördert, daß er möglichst gut dem geistigen und sittlichen Wohl der ihm anvertrauten Jugend dient.“ — Das erinnert etwas, wie die „Päd. Ztg.“ bemerkt, an die bekannte Puttkamersche Aschermittwochsrede. Die Verfügung scheint uns sehr geeignet, das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorzurufen.

Amtliches.

Fortbildungskursus für Kantoren und Organisten. Das Königl. Konsistorium teilt durch Runderlaß vom 18. v. Mts. — J.-No. 1 3422 — mit, daß für Organisten und Kantoren aus den Regierungsbezirken Breslau und Oppeln während der Sommerferien in Brief ein 4wöchiger Fortbildungskursus abgehalten werden wird. Anmeldungen solcher, die dazu selber willig und bereit sind und für die auch, soweit es sich jetzt übersehen läßt, im Sommer ein Hindernis nicht vorliegt, sind durch die Königl. Superintendenturen zur Weitergabe an das Königl. Konsistorium einzureichen, wobei auf folgende von dieser Behörde aufgestellte Gesichtspunkte Rücksicht zu nehmen ist: „Wir bemerken dazu, daß dabei Organisten und Kantoren in Betracht zu ziehen sind, die fest angestellt und zurzeit in einem Kirchenamte befindlich sind, sowie das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.“

In dem Berichte ist außer dem Lebensalter und den Dienstjahren anzugeben, was für ein Prädikat bei den beiden Prüfungen ihre Leistungen in den musikalischen Prüfungsgegenständen erhalten haben, ferner ob sie einen Kirchenchor leiten; auch eine Angabe über ihre Stimme (Tenor oder Baß) ist uns erwünscht. Ein Urteil der Ortsgeistlichen über ihre Leistungen in ihrem Kirchenamt ist beizufügen.

Wir gewähren den Teilnehmern Vergütung des Eisenbahnfahrcheins III. Klasse, freies Logis nebst 1. und 2. Frühstück, für weitere Beköstigung pro Tag 1,75 \mathcal{M} und außerdem für weitere Unkosten eine Pauschalsumme von 15 \mathcal{M} .

[Verliehen] dem ev. L. Gustav Hillebrand die 2. Lehrerstelle in Trattaschine, Kr. Ohlau, dem ev. L. Ernst Dickow die Lehrerstelle in Deutsch-Steine, Kr. Ohlau.

[Ernannt] der ordentl. Seminarl. Hochheiser zum Vorsteher und 1. Lehrer an der Königl. Präparandenanstalt in Landeck.

Vereins-Nachrichten.

Deutscher Lehrerverein.

An sämtliche schulhygienische Vereinigungen der Lehrervereine Deutschlands.

Die zum Zwecke der Gründung eines Verbandes schulhygienischer Vereinigungen in Aussicht genommene Nebenversammlung in Dortmund findet Mittwoch, den 10. Juni, früh 8 Uhr im Restaurant Blücher in der Münster-Straße statt. Die unterzeichnete Vereinigung legt hierzu folgenden Satzungsentwurf vor:

§ 1. Name und Zusammensetzung. Die bei den deutschen Lehrervereinen bestehenden Abteilungen (Sondervereinigungen) für

Schulhygiene schließen sich zu einem Zweckverbände zusammen. Dieser erhält den Namen: „Verband deutscher Lehrervereinigungen für Schulgesundheitspflege.“ Dem Verbands dürfen auch Einzelmitglieder beitreten.

§ 2. Zweck und Aufgaben. Der Verband erstrebt: 1. Förderung und Verbreitung schulhygienischen und allgemeinhygienischen Wissens, 2. Wahrung des berechtigten Einflusses, der der Lehrerschaft in schulhygienischen Fragen gebührt, 3. Einführung des Unterrichts in der Gesundheitslehre in allen Schulen, 4. Ausgestaltung von Schuleinrichtung und Schulbetrieb nach den Forderungen der Hygiene. Zur Erreichung dieser Ziele hält der Verband für notwendig: 1. Aufnahme der Unterweisung in Gesundheitslehre und -pflege, 2. Anregung der Lehrer zu Versuchen über die Fragen der Schulhygiene und zu ihrer praktischen Verwertung, 3. Erörterung schulhygienischer Fragen in der Tages- und Fachpresse, 4. bei schulhygienischen Fragen von Bedeutung Herbeiführung einer Stellungnahme der Lehrervereine auf Grund der in den Vereinigungen für Schulgesundheitspflege geführten Verhandlungen, 5. Anregung zur Gründung neuer Vereinigungen für Schulgesundheitspflege, 6. Anbahnen eines Zusammenarbeitens mit den Schulärzten, wobei jedem Teile die seiner Berufsvorbildung entsprechende Beteiligung an der schulhygienischen Wirksamkeit gesichert bleibt, 7. Schaffung eines besonderen Verbandsorgans.

§ 3. Zusammentritt des Verbandes. Alle zwei Jahre — zu derselben Zeit und am gleichen Ort mit der Deutschen Lehrerversammlung — treten die dem Verbands angehörenden Vereinigungen und Einzelmitglieder zusammen, um 1. den Bericht über die abgelaufenen Jahre zu hören, 2. geeignete Referate über schulhygienische Tagesfragen erstatten zu lassen, 3. über die in den Vereinigungen vorher erörterten schulhygienischen Fragen eine Stellungnahme herbeizuführen, 4. Vorschläge über die weitere Ausgestaltung des Verbandes zu machen, 5. eine geschäftsleitende Vereinigung für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

Die Verbandsversammlung ist öffentlich; zu Abstimmungen sind nur Mitglieder des Verbandes berechtigt.

§ 4. Geschäftsleitung und Vorstand. Die Leitung der Geschäfte wird von der Versammlung durch schriftliche oder mündliche Abstimmung mit einfacher Mehrheit einer der dem Verbands angehörenden Vereinigungen für Schulgesundheitspflege übertragen. Diese Vereinigung wählt in ihrer nächsten ordentlichen Sitzung aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer des Verbandes, sowie die für die Zahl der angeschlossenen Vereinigungen und Einzelmitglieder notwendigen Korrespondenten. Sie bilden in ihrer Gesamtheit den Verbandsvorstand; von der Konstituierung ist den Mitgliedern sofort Kenntnis zu geben. Es ist Aufgabe der Korrespondenten, den Verkehr mit den ihrem Arbeitskreise zugeteilten Mitgliedern zu übernehmen, sie bezüglich der Vorgänge im Verbands auf dem Laufenden zu erhalten und ihre Wünsche zur Vermittlung an den Vorstand entgegenzunehmen. Eine Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten der einzelnen Vereinigungen seitens des Verbandsvorstandes ist ausgeschlossen.

§ 5. Anträge. Jedes Mitglied hat das Recht, beim Verbandsvorstande Anträge zu stellen auf Erörterung schulhygienischer Fragen innerhalb des Verbandes und auf Herbeiführung eines gemeinsamen Beschlusses. Anträge, die auf einer Verbandsversammlung erledigt werden sollen, müssen von einer Vereinigung gestellt oder unterstützt und ein Vierteljahr vor deren Termin dem Vorstands eingereicht werden. Das Gleiche gilt bezüglich der Anträge auf Satzungsänderung. Anträge auf Zutritt neuer Mitglieder, sowie auf Streichung seitens bereits angeschlossener erfolgen in der Form schriftlicher Ankündigung an den Verbandsvorstand.

§ 6. Kosten der Geschäftsleitung. Zur Deckung der Kosten zahlt jedes Mitglied 25 \mathcal{H} Jahresbeitrag.

Berlin, den 1. Mai 1908.

Vereinigung für Schulgesundheitspflege des Berliner Lehrervereins.

Rektor E. Hertel, Vorsitzender.

O., Hohenlohestraße 8.

Die pädagogische Presse wird um Abdruck dieser Zeilen gebeten.

Preußischer Lehrerverein.

Bekanntmachung.

Der Geschäftsführende Ausschuss, welcher gemäß § 25 der Verbandsatzungen gebildet worden ist, hat sich in seiner heutigen Sitzung konstituiert und setzt sich folgendermaßen zusammen:

1. Lehrer emer. A. Schröder, Ehrenvorsitzender, Magdeburg-Sudenburg, Buckauerstr. 16.
2. Rektor Reißmann-Magdeburg, Magdalenenberg 2, 1. Vorsitzender.
3. Lehrer A. Schwärzel-Magdeburg-Buckau, Thiemstr. 9, 2. Vorsitzender. Referent für Schlesien.
4. Lehrer W. Weber-Magdeburg, Hohefortestr. 42, Kassierer. Referent für Brandenburg.
5. Lehrer O. Schmidt-Magdeburg-Buckau, Basedowstr. 5, 1. Schriftführer. Referent für Schleswig-Holstein.
6. Lehrer Böer-Magdeburg-Neustadt, Lübeckerstr. 49, 2. Schriftführer. Referent für Ost- und Westpreußen.

1. Rektor Vorpahl-Magdeburg - Sudenburg, Braunschweigerstraße 25/26. Referent für Statistik. Referent für Wiesbaden und Frankfurt a/M.
 8. Lehrer Gustav Dannehl-Salbke b. Magdeburg. Referent für Hannover und Hessen.
 9. Lehrer Diekmann-Magdeburg-Sudenburg, Lemsdorferweg 9. Referent für Berlin und Sachsen.
 10. Lehrer Herbst-Wehrstedt b. Halberstadt. Referent für Rheinland.
 11. Lehrer Mackeprang - Magdeburg, Kaiser-Friedrichstr. 12. Referent für Pommern und Posen.
 12. Lehrer Stolle-Magdeburg, Spielhagenstr. 2. Referent für Westfalen.
- Magdeburg, den 8. Mai 1908.

Reißmann, Vorsitzender.

Protokoll über die Vorstandssitzung am 13. April in den „Konkordiasälen“ zu Berlin.

Mit einem Willkommensgruß an die erschienenen Vorstandsmitglieder eröffnet der Vorsitzende, Herr Reißmann-Magdeburg, die Versammlung um 8 Uhr 20 Minuten abends. Hierauf gedenkt er der seit der letzten Tagung des Gesamtvorstandes durch den Tod abgerufenen, um das Vereinsleben hochverdienten Kollegen Lahn-Stolpe, des Mitbegründers des Preussischen Lehrervereins, Rektor Luck-Magdeburg, des einstigen II. Vorsitzenden, und Lauche-Halle a/S., des langjährigen Vertreters des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen im Vorstände. Den Heimgegangenen wird ein warm empfundener Nachruf gewidmet. Die Versammlung ehrt ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Tagesordnung.

1. Geschäftsordnung für die Vertreterversammlung.
2. Festsetzung der den Beauftragten des Vereins zu zahlenden Tage- und Reisegelder (§ 21g der Satzungen).
3. Festsetzung des Beitrages für die nächste Geschäftsperiode.
4. Statistikformulare.
5. Bossedenkmal. (Beschlussfassung über den Termin der Enthüllung — 5. Juli — und Antrag auf Bewilligung eines infolge Kursrückganges notwendigen Kostenzuschusses.)
6. Zahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses.
7. Besoldungsfrage.
8. Schulaufsicht und Schulleitung.
9. Behandlung der auf der Tagesordnung der I. Vertreterversammlung aufgeführten Anträge.

Vor Eintritt in die vorstehende Tagesordnung wird, einer Anregung des Schlesischen Verbandes folgend, auf Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen, eine Vorberatung der nachträglich unter Punkt 7 in die Tagesordnung eingefügten „Besoldungsfrage“ in der heutigen Sitzung vorzunehmen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung wird dem Antrage des Geschäftsführenden Ausschusses, die gedruckt vorliegende Geschäftsordnung der Vertreterversammlung mit der Abänderung zur Annahme zu empfehlen, daß außer bei Punkt 10 der Tagesordnung die Redner in der Reihenfolge der Anmeldungen zu Worte kommen sollen, seitens der Versammlung ohne Besprechung zugestimmt.

Zum Geschäftsbericht, welcher ebenfalls im Drucke vorliegt, äußerte Herr Otto-Charlottenburg den Wunsch, daß in Zukunft bei solchen Petitionen, auf welche eine Antwort erfolgt ist, diese im Geschäftsbericht der betreffenden Eingabe im Wortlaut hinzugefügt werden möchte.

Über den 2. Punkt der Tagesordnung berichtet Herr Weber-Magdeburg namens des Geschäftsführenden Ausschusses. Er teilt zunächst mit, wie bis jetzt die Vorstandsmitglieder und die Vertreter auf den Lehrertagen entschädigt worden sind und weist sodann darauf hin, daß bezüglich der Entschädigung ein Unterschied zwischen Vorstandsmitgliedern und Vertretern künftig nicht mehr gemacht werden könne. Werde der bisherige Entschädigungsmodus beibehalten, so müsse der Beitrag erhöht werden. Referent hat Berechnungen aufgestellt, die zeigen, wie sich die Ausgaben bei den verschiedenen Arten der Entschädigung gestalten würden. Er legt der Versammlung folgende Fragen vor:

1. Soll die Kasse des Preussischen Lehrervereins den Beauftragten des Vereins die aufgewendeten Fahrgelder für die III. Klasse der Eisenbahn (Schnellzugpreise) entschädigen und die Zahlung der Tagegelder den Verbänden überlassen?

2. Sollen Fahrkosten und Tagegelder in der Weise gezahlt werden, daß die Fahrkosten so bemessen werden, daß Zehrgelder für die Reisetage mit in dem Fahrgeld enthalten sein sollen, und Tagegelder nur für die Verhandlungstage berechnet werden?

3. Sollen für die Fahrt nur die ausgelegten Beträge erstattet und außerdem für die Reise- und Verhandlungstage Tagegelder gezahlt werden?

Herr Lorenzen-Eckernförde wendet sich gegen eine Übertragung der in Frage kommenden Verhältnisse des Deutschen Lehrervereins auf den Preussischen Lehrerverein; denn dadurch würden die Kassen derjenigen Verbände, deren Vereinsgebiet an der Peripherie liegt, dauernd

geschädigt werden. Herr Hoffmann-Königsberg erklärt sich gegen den Vorschlag, daß die Tagegelder aus der Kasse der Verbände gezahlt werden sollen. Herr Ries-Frankfurt a/M. empfiehlt die Zahlung der Fahrkosten III. Klasse und 10 \mathcal{M} Tagegelder an die Beauftragten des Vereins aus der Zentralkasse. Nachdem noch die Herren Gehlhoff-Finkenstein, Münker-Witten, Juds-Kolberg, Witte-Posen, Friedrich-Lemsdorf, Kuhlo-Bielefeld und Weber-Magdeburg zu derselben Sache gesprochen haben, kommen folgende Anträge zur Verlesung und Abstimmung:

a) Antrag Münker-Witten: „Fahrgelder 10 \mathcal{M} pro km zahlt die Hauptkasse des Preussischen Lehrervereins; Tagegelder zahlen die Provinzialvereine.“

b) Antrag Kuhlo-Bielefeld: „Entschädigung für Fahrkosten wie bisher, ebenso Tagegelder. Erhöhung der Jahresbeiträge.“

c) Antrag Bidder, Gehlhof, Zander (Westpreußen): „Der Preussische Lehrerverein zahlt die aufgewendeten Fahrkosten und Tagegelder, à Sitzungs- und Reisetage je 12 \mathcal{M} , an die Vertreter bzw. Vorstandsmitglieder.“

d) Antrag Juds-Kolberg: „Die Kasse des Preussischen Lehrervereins bezahlt die Fahrkosten und Tagegelder. Der Beitrag der Provinzialvereine ist dementsprechend zu erhöhen.“

e) Antrag Witte-Posen: „I. Die Kasse des Preussischen Lehrervereins trägt alle Kosten der Vertreter- und Vorstandsversammlungen in der Weise, daß den Vertretern die Eisenbahnfahrkosten III. Klasse (Schnellzugpreise) und Tagegelder à Tag 12 \mathcal{M} bezahlt werden. II. Der Vereinsbeitrag wird dementsprechend erhöht.“

f) Antrag Friedrich-Lemsdorf: „Für 1 km Landweg werden aus der Kasse des Preussischen Lehrervereins 30 \mathcal{M} gezahlt.“

g) Antrag Lorenzen-Eckernförde: „Der Preussische Lehrerverein zahlt die Fahrkosten II. Klasse, à km 9 \mathcal{M} ; die Diäten zahlen die Provinzialvereine.“

h) Antrag E. Müller-Liegnitz: „Der Preussische Lehrerverein zahlt aus seiner Kasse Reisegelder II. Klasse und Tagegelder von 12 \mathcal{M} an die Vorstandsmitglieder und Vertreter.“

Der Antrag Juds unter d findet die Zustimmung der Versammlung. Im Anschluß hieran wird beschlossen, daß die Beauftragten des Vereins in der Weise entschädigt werden sollen, daß ihnen für 1 km Eisenbahnfahrt 6 \mathcal{M} , für jedes km Landweg 30 \mathcal{M} und für jeden Verhandlungstag 12 \mathcal{M} Tagegelder gewährt werden. Landwege bis zu 2 km Entfernung bleiben bei der Bemessung des Reisegeldes außer Betracht.

Nachdem sich die Versammlung damit einverstanden erklärt hat, Punkt 4 der Tagesordnung vor Punkt 3 zu erledigen, da der Kassierer erst durch Berechnungen die etwaige Höhe des Beitrages feststellen möchte, berichtet Herr Schwärzel-Magdeburg namens des Geschäftsführenden Ausschusses über die aufgenommene Probestatistik. Unter Hervorhebung der von den Verbänden gemachten Ausstellungen und geäußerten Wünsche hinsichtlich der Einrichtung der jetzigen Formulare zeigt er an der Hand der letzteren die beabsichtigten Abänderungen und Teilungen derselben, wie sie vom Geschäftsführenden Ausschusse vorgeschlagen werden. Nach längerer Besprechung beschließt die Versammlung, die Angelegenheit zu vertagen und einer vom Geschäftsführenden Ausschusse zu erwählenden Kommission zu überreichen, welche in mündlicher Verhandlung die Formulare endgültig feststellen soll.

Hierauf wird auf Vorschlag des Vorsitzenden nach erfolgter Zustimmung der Versammlung zunächst über die Besoldungsfrage (Punkt 7 der Tagesordnung) verhandelt. Während Herr Schwärzel die Leitung der Sitzung übernimmt, verbreitet sich Herr Reißmann-Magdeburg über den durch das Ausbleiben der Besoldungsvorlage und durch die Angelegenheit der Teuerungszulagen geschaffenen augenblicklichen Stand der Lehrerbesoldung. Es sei, insonderheit angesichts des Antrages Arendt, durchaus nötig, bei den Forderungen des IV. Preussischen Lehrertages zu beharren. Redner schlägt der Versammlung namens des Geschäftsführenden Ausschusses die nachfolgende Resolution zur Annahme vor: „Angesichts der für Herbst d. J. in Aussicht stehenden Neuordnung der Lehrerbesoldung mit rückwirkender Kraft vom 1. April d. J. ab, erklärt der Preussische Lehrerverein, daß er die Forderungen des IV. Preussischen Lehrertages für berechtigt und im vollen Umfange — nicht bloß hinsichtlich der Art der Besoldung, sondern auch bezüglich der Höhe der Gehaltssätze — aufrecht erhält.“

— Herr Ries-Frankfurt a/M. stimmt im großen und ganzen den Ausführungen des I. Vorsitzenden zu. Er hält es für allein richtig, immer wieder auf einen Vergleich mit den Staatsbeamten hinzuweisen. Ein solches Vorgehen sei auch nötig für eine glückliche Lösung der Besoldungsfrage hinsichtlich des Vereinslebens. Herr Otto-Charlottenburg billigt ebenfalls die Schritte, welche der Geschäftsführende Ausschuss in der Besoldungsangelegenheit unternommen hat und ist auch der Meinung, daß an den Beschlüssen des IV. Preussischen Lehrertages unbedingt festzuhalten ist; aber in der Resolution müsse mehr, als es in derjenigen des Ausschusses geschehe, die Enttäuschung und Erbitterung der Lehrerschaft mit kräftigen Worten zum Ausdruck kommen. Herr Otto empfiehlt die folgende Resolution zur Annahme: „Die Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Königliche Staatsregierung die in der Thronrede versprochene Besoldungsvorlage für Volksschullehrer dem Landtage nicht vorgelegt hat.“

Sie erwartet, daß die betreffende Vorlage dem neuen Landtage sofort nach seinem Zusammentritt zugeht.

Bezüglich der Gehaltssätze beharrt der Preußische Lehrerverein auf den Forderungen des IV. Preußischen Lehrertages: Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung.

Der Preußische Lehrerverein bringt auch seine Entrüstung über die Einschätzung zum Ausdruck, welche die Arbeit der Volksschullehrer durch die Regelung der Teuerungszulagen seitens der Königlichen Staatsregierung erfahren hat.

Herr Ulrich-Hannover spricht sich im Sinne des Vorredners aus und unterbreitet der Versammlung eine Resolution des Verbandes Hannover.

Herr Ries-Frankfurt a/M. bittet zu bedenken, daß jede Resolution eine doppelte Wirkung habe. Aus dem Grunde solle man in den Ausdrücken nicht zu weit gehen. Im übrigen sei auch er für einen Wortlaut, der die Enttäuschung und das Bedauern der Kollegen deutlich zum Ausdruck bringe. Herr Köhler-Breslau hält einen Beschluß im Sinne der Ottoschen Resolution zur Beruhigung der Lehrerschaft für durchaus notwendig. Die Resolution des Ausschusses genüge ihm nicht. Es müsse auch ganz entschieden Stellung genommen werden gegen eine etwa beabsichtigte Staffelung der Lehrergehälter, wie sie in der „Kölnischen Volksztg.“ angedeutet worden sei. Der Antrag Arendt möge in allen Verbänden eingehend beraten werden, damit Klarheit in der Sache geschaffen werde. Herr Driesner-Posen spricht namens des Verbandes Posen für die Resolution Otto. Herr Brunotte-Hannover empfiehlt die viel eingehendere Resolution Hannovers. Die Herren Bidder-Danzig und Kimpel-Cassel erklären sich für die Ottosche Resolution. Es sei unerläßliche Pflicht, zu den Beschlüssen der Unterrichtskommission Stellung zu nehmen, da sie die Grundlinien für die neue Vorlage der Königlichen Staatsregierung bilden werden. Herr Landtagsabgeordneter Ernst-Schneidemühl gibt einen Rückblick über den Verlauf der Verhandlungen in der Besoldungsangelegenheit und hält es für das Richtige, an den Beschlüssen des IV. Preußischen Lehrertages festzuhalten. Das Aufstellen von Sonderforderungen und deren Geltendmachen in Eingaben an die Behörden schädige das Ansehen der Lehrerschaft in hohem Maße. Herr Herter-Berlin hegt Bedenken gegen den Wortlaut der Ottoschen Resolution, durch deren Annahme die Arbeit der Vereinsleitung eventuell erschwert werden könne. Er beantragt, dem 4. Satze der Ottoschen Resolution folgenden Wortlaut zu geben: „Der Preußische Lehrerverein gibt auch dem Gefühl bitterster Enttäuschung über die Einschätzung Ausdruck, welche die Arbeit der Volksschullehrer durch die Regelung der Teuerungszulagen erfahren hat.“

Die Resolution Hannover wird abgelehnt. Zur Annahme gelangt einstimmig die Resolution Otto mit der von Herrn Herter beantragten Abänderung des Absatzes 4.

Die Besoldungsvorlage soll nach Punkt 9 der Tagesordnung für die Vertreterversammlung behandelt werden. Als Referent dafür in der Vertreterversammlung wird Herr Otto-Charlottenburg gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Die Besprechung der Kirchschullehrer-Statistik wird der vorgerückten Zeit wegen zurückgestellt.

Hierauf beantragt der Vereinskassierer, Herr Weber-Magdeburg, den Vereinsbeitrag für dieses Jahr auf 70 $\%$ ausschließlich des Beitrages für den Deutschen Lehrerverein festzusetzen. Die Versammlung stimmt dem Antrage zu und nimmt Kenntnis von der Mitteilung des Kassierers, daß der Beitrag für den Preußischen Lehrerverein sich für das nächste Jahr voraussichtlich auf 30 $\%$ stellen dürfte.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung nimmt der Vorsitzende das Wort. Er teilt unter anderem mit, daß heute Nachmittag die Abnahme des Hauptmodells zu der Bossestatue stattgefunden hat. Infolge des Rückganges der Kurse der Staatspapiere, in denen die Denkmalsgelder angelegt seien, entsteht ein Defizit in der Denkmalskasse. Es wird vorgeschlagen, bei der I. Vertreterversammlung zu beantragen, daß der infolge Kursrückganges der Staatspapiere entstehende Fehlbetrag in der Denkmalskasse aus der Hauptkasse des Vereins gedeckt werde.

Entsprechend einem dringenden Wunsche der Geschäftsführenden Kommission des Vereins „Deutsches Lehrerheim“ wird ferner der Vorstand ersucht, der Vertreterversammlung den Antrag zu unterbreiten,

daß die Enthüllung des Bossedenkmals auf Sonntag, den 5. Juli, festgesetzt werde.

Da dem Verein „Deutsches Lehrerheim“ nicht zugemutet werden könne, die durch Ausschmückung des Festplatzes usw. entstehenden Kosten, die natürlich in möglichst engen Grenzen zu halten seien, zu tragen, möge der Vorstand ferner beantragen,

daß die Kosten der Enthüllungsfeier aus der Kasse des Preußischen Lehrervereins zu bestreiten seien.

Der Verein müsse mit allen seinen Teilen bei der Feier angemessen vertreten sein. Es möge daher ferner beantragt werden, daß der Vorstand beauftragt wird, den Verein bei der Enthüllungsfeier zu vertreten.

Hinsichtlich der Ausgestaltung der Feier möge

von der Vertreterversammlung für den Vorstand die Ermächtigung erbeten werden, das Erforderliche zu veranlassen. Sämtliche fünf Anträge des Vorsitzenden werden ohne Besprechung angenommen.

Herr Hoffmann-Königsberg bittet, die Vertreterversammlungen in die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zu verlegen. Die Versammlung lehnt eine Besprechung der Angelegenheit der vorgerückten Zeit wegen ab.

Bezüglich des 6. Punktes der Tagesordnung gibt Herr Weber-Magdeburg die Bestimmungen der Satzungen bekannt, die die Bildung des Geschäftsführenden Ausschusses regeln. Es ist zu erwarten, daß in Zukunft einige Mitglieder des Ausschusses nicht am Sitze des Vereins wohnen. Um zu vermeiden, daß die am Sitze des Vereins wohnenden Mitglieder des Ausschusses mit Arbeit überlastet werden, schlägt er vor, die Zahl der Mitglieder von 9 auf 11 zu erhöhen. Die Versammlung stimmt dem Vorschlage zu.

Hierauf erfolgt der Schluß der Verhandlungen um 1 Uhr.

V. g. u.

Reißmann. Fr. Ulrich. Feddeler. Breuer.
G. Herter. Meyer. O. Schmidt.

Schlesischer Lehrerverein.

Universitätskursus.

Mitteilung.

Aus einer Reihe von Zuschriften ersehen wir, daß vielen Kollegen der Anfangstermin des Kursus (28. September) wegen des späteren Eintritts der Herbstferien zu zeitig liegt. Wir bitten hiermit die zu erwartenden Teilnehmer und auch diejenigen, die sich bereits gemeldet haben, um baldige Mitteilung darüber, ob ihnen eine Verlegung des Anfangstermins auf Montag den 5. Oktober lieber wäre. Die Verlegung um 8 Tage später macht keine Schwierigkeiten. Die Herren Dozenten werden damit einverstanden sein.

Studienplan.

1. Professor Dr. Pax, Mikroskopischer Kursus. Eine Einführung in die physiologische Pflanzenanatomie. 10 Doppelstunden.

1. Zelle, Zellinhalt; mikrochemische Reaktionen.
2. Mikroskopische Bewegungserscheinungen; einzellige Organismen.
3. Hautgewebe.
4. Absorbierende Gewebe und Speichergewebe.
5. Assimilierende Gewebe.
6. Durchlüftungsgewebe; mechanische Gewebe.
7. und 8. Leitungsgewebe.
9. Sekundäres Dickenwachstum.
10. Bildungsgewebe.

Angestrebt wird also Übung im Gebrauche des Mikroskops und Kenntnis der Methoden der Untersuchung pflanzlicher Objekte.

2. Privatdozent Dr. Hönigswald, Die Philosophie der Renaissance mit anschließenden Diskussionen über ihre Beziehungen zu philosophischen Problemen der Gegenwart. 10 Vorlesungen.

Stunde 1—3. Allgemeine kulturgeschichtliche Einleitung. Die Kultur, Wissenschaft und Philosophie der Renaissance. Der Kampf zwischen Aristotelismus und Platonismus auf dem Boden der Renaissance. Die Wiederbelebung der Philosophie. Platons. Beziehungen der Renaissance zu philosophischen Problemen der Gegenwart. Die ersten Renaissance-Philosophen und Humanisten. Nikolaus von Kues.

Stunde 4—6. Fortsetzung. Pomponatius (Pietro Pomponazzi). Der Kampf zwischen den Averroisten und Alexandristen. Laurentius Valla. Paracelsus. Cardanus. Telesius. Campanella. Giordano Bruno.

Stunde 7.—10. Fortsetzung. Die deutsche Philosophie und Theosophie der Zeit. Nachwirkungen der Renaissance in den romanischen Ländern. Die Staats- und Rechtsphilosophie der Zeit. Die Begründung der modernen Wissenschaft. Lionardo da Vinci, Kopernikus, Kepler, Galilei.

3. Professor Dr. Koch, Das deutsche Drama und Theater im 19. und 20. Jahrhundert. 10 Vorlesungen.

- I. Rückblick der Entwicklung von Drama und Bühne bis auf Schiller.
- II. Schiller und die Romantik. Die Weimarer Bühne.
- III. Heinrich von Kleist.

- IV. Grillparzer und die österreichischen Dramatiker. Das Burgtheater.
 V. Das junge Deutschland und Immermanns Musterbühne.
 VI. Friedrich Hebbel.
 VII. VIII. Das rezitierende Drama und die deutschen Bühnen von 1810 bis zur Gegenwart. Naturalismus und fremde Einflüsse (Ibsen).
 IX. Singspiel und Oper bis auf Richard Wagner. Wagners Anfänge.
 X. Richard Wagner und Bayreuth. Rückblick und Ausblick.
4. Privatdozent Dr. Ziekursch, Deutsche Geschichte von 1815 bis 1871. 10 Vorlesungen.
 1. Deutschland nach den Befreiungskriegen.
 2. Die Entstehung politischer Parteien in Deutschland (1815—40).
 3. 4. Die deutsche Revolution von 1848/49.
 5. Die Reaktionszeit und die neue Ära.
 6. Der preußische Verfassungskonflikt und die Bundesreformversuche.
 7. Die dänische Frage.
 8. Der Krieg mit Österreich.
 9. 10. Begründung des Deutschen Reichs.

Jeder Zyklus kostet 5 *M.* Es werden zu jedem Zyklus besondere Karten ausgegeben. Der Mindestbetrag ist jedoch auf 10 *M.* festgesetzt worden. Dafür kann entweder das Fach unter 1 belegt, oder es können 2, 3, oder 3, 4, oder 2, 4 kombiniert werden. Eine Vollkarte kostet 10 (Fach 1) + 5 (Fach 2) + 5 (3) + 5 (4) = 25 *M.* Wegen der entstehenden hohen Kosten für den mikroskopischen Kursus kann diesmal eine Ermäßigung auf die Vollkarte nicht eintreten.

Es sei hiermit dringend empfohlen, die Meldung möglichst bald an den Unterzeichneten einzureichen. Die Meldung zum mikroskopischen Kursus gilt jedoch nur dann als geschehen, wenn ihr der Betrag von 10 *M.* (Abtrag 5 *ℳ*) beigelegt wird.

Der Betrag für andere Vorlesungen kann der Meldung ebenfalls beigelegt, jedoch auch am Tage vor der Eröffnung des Kursus persönlich erlegt werden.

Es ist in hohem Grade wünschenswert, daß sich die Teilnehmer auf die philosophischen Vorlesungen vorbereiten. Sonst ist eine freie Aussprache schwer denkbar, und der Gedanke der Diskussion müßte für später wieder fallen gelassen werden. Zur Vorbereitung empfiehlt Herr Dr. Hönigswald ein geschichtliches und ein systematisch gehaltenes Buch und zwar:

1. K. Vorländer, Geschichte der Philosophie, 2 Bände, 1908, geheftet 8,10 *M.*
2. B. Bauch, Geschichte der neueren Philosophie, Göschen in Leipzig, 2 Bändchen, zusammen ca. 2 *M.*
3. A. Riehl, Einführung in die Philosophie der Gegenwart, Teubner in Leipzig, geb. 3,60 *M.*
4. O. Külpe, Einleitung in die Philosophie, Hirzel in Leipzig geb. 6 *M.*

Im Auftrage des Geschäftsführenden Ausschusses:

Joseph Schink, Gartenstraße 57.

Gauverband Brieg.

Sonnabend den 20. Juni in Falkenberg O/S. im Schützenhause, Vertreterversammlung um 3, Hauptversammlung um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vortrag: „Über sexuelle Belehrung in der Schule“ (Koll. Jensch-Jatzdorf).

Kreuzburg-Rosenberg.

Sonnabend den 30. Mai Gauversammlung in Konstadt, Hotel Weißer Adler, zu welcher die Lehrervereine Kreuzburg, Pitschen und Rosenberg herzlich eingeladen werden. 1. $\frac{1}{2}$ 3 Uhr Besichtigung der Preßhefenfabrik von Mahlich und Muche. 2. $\frac{1}{2}$ 4 Uhr Vortrag: Notwendigkeit und Wirkungsweise einer Reichsschulbehörde (Rektor Tuschke-Konstadt). 3. Gemütliches Beisammensein. Die Damen versammeln sich zuerst im Eiskellergarten.

Kreisvereine Militsch und Trebnitz.

Kreisversammlungen: 1. Sonnabend den 23. Mai, Deutsches Haus in Trachenberg; 2. Sonnabend den 30. Mai, Hotel Laske, Militsch, beide nachmittags 4 Uhr. Schule und Lehrerstand im Landtage, ein Rückblick und ein Ausblick (Referenten Stricker-Trachenberg und Renner-Militsch). Erscheinen dringend notwendig.

Der Kreisverband Militsch.

Breslauer Lehrerverein. Sitzung Freitag den 29. Mai pünktlich 8 Uhr bei Paschke. 1. Mitgliederaufnahme. 2. Stimmungsbild vom I. Preußischen Vertretertag. 3. Besprechung der Leitsätze zu den für die Deutsche Lehrerversammlung gestellten Themen. (Referenten Koll. Blech und Mürtins). 4. Die schriftlichen Arbeiten in den Breslauer Volksschulen. [Probearbeiten, freie Aufsätze etc.] (Koll. Rupprecht). 5. Mitteilungen.

Gesangverein Breslauer Lehrer. Mittwoch den 27. Mai Familienausflug nach Hünern, Abfahrt 2 $\frac{35}{60}$ vom Kleinbahnhof. Vorherige Anmeldung bis 25. Mai bei Koll. Schul-Wäldchen 1. Sehr rege Beteiligung besonders der Aktiven erwünscht, da hierbei Besprechung der Sängereinfahrt stattfinden muß. Gäste willkommen.

Breslauer-Lehrer-Turn-Verein. Sonnabend den 23. Mai findet ein Sommerausflug mit Damen nach Sibyllenort statt. Abfahrt vom Odertor-Bahnhof um 2 $\frac{32}{60}$. In Sacrau Ankunft 2 $\frac{52}{60}$. Von hier aus Spaziergang nach Sibyllenort (Zeit eine Stunde). Wer direkt nach Sibyllenort fahren will, kann die Züge 2 $\frac{28}{60}$ oder 3 $\frac{40}{60}$ ab Odertor-Bahnhof benützen. Gäste sind, wie stets, willkommen. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Bunzlau. Sitzung Sonnabend den 23. Mai nachm. 4 $\frac{1}{2}$ Uhr im Hotel „Schwarzer Adler“. 1. Geschäftliches. 2. Bericht über die Versammlung in Kohlfuhr. 3. Vortrag: Neuere Gedanken und Bestrebungen auf dem Gebiete deutscher Bildung und deutscher Erziehung.

Freystadt. [Pädagogischer Verein.] Der Ausflug mit Damen nach Zölling findet schon Sonnabend den 23. Mai statt. Vortrag: Konrektor Siemon.

Gottesberg. Sitzung Sonnabend den 23. Mai nachm. Punkt 4 Uhr. 1. Referat: Denkmalspflege auf dem Lande von Hofsfeld (Kusche-Schwarzwaldau). 2. Bericht über den Vertretertag in Berlin (Gierth-Hermsdorf). 3. Einziehen der Beiträge. — Der Verein ist zum 23. Mai nach Dittmannsdorf (Wähners-Brauerei) zum 25. Stiftungsfeste eingeladen. Anfang 7 Uhr, Gedeck 2 *M.*

Gr.-Peterwitz. Sitzung Sonnabend den 23. Mai nachm. 4 Uhr in Canth, Gasthof „zur Hoffnung“. 1. Protokoll. 2. Wahl des stellv. Vorsitzenden und Liedermeisters. 3. Vortrag (Dittrich-Sadewitz). 4. Mitteilungen.

Hermsdorf, Kr. Glogau. Sitzung Mittwoch den 27. Mai in Klein-Logisch.

Jauer. Der Sommerausflug findet Sonnabend den 30. Mai nach Krain-Dohnau statt. Hinfahrt per Bahn Jauer-Brechelschhof, Abfahrt 1 $\frac{17}{60}$ Uhr, Rückfahrt von Krain aus per Omnibus. Anmeldungen für Wagenplätze werden bis spätestens den 27. Mai an den Unterzeichneten erbeten. Die Mitglieder der Vereine Jauer-Oberkreis und Katzbach-Neißetal werden hiermit freundlichst eingeladen. Sonnabend den 23. Mai findet nachm. 5 Uhr eine Gesangprobe im „Kaiserhof“ statt.

Königszell. Die werten Vereinsmitglieder werden gebeten, den Vorsitzenden mitzuteilen, ob sich in ihren Händen das Bibliotheksbuch No. 14, „Clausnitzer, Geschichte des preußischen Unterrichtsgesetzes“ befindet. Negativanzeigen nicht erforderlich.

Marklissa. Sitzung Sonnabend den 23. Mai nachm. 5 Uhr im Vereinslokal. 1. Vortrag: „Nikolaus Lenau“ (Koll. Krause). 2. Geschäftliches und Gesang.

Mertschütz. Sitzung Sonnabend den 23. Mai in Skohl bei Heyde. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: „Praktisches aus dem Schulleben“ (Koll. Weniger). 3. Referat über „Die Deutsche Schule.“ 4. Gesang: Hochzeitsgesänge.

Namslau. Sitzung Sonnabend den 23. Mai nachm. 4 Uhr bei Maskos. 1. Vortrag: Hypnose (Koll. Preußner-Saabe). 2. Ständiges Referat. 3. Bericht über die Olser Versammlung (wichtig!) 4. Einziehen der Pestalozzivereins-Beiträge. Zu den Sommer Sitzungen werden auch die Damen ganz ergebenst eingeladen.

Neustädtel, Bez. Liegnitz. Sitzung Sonnabend den 23. Mai nachm. 4 Uhr bei Meißner. 1. Protokoll. 2. Vortrag (Koll. Knappe). 3. Geschäftliches. 4. Mitteilungen und Anträge. Wegen der bevorstehenden Gauversammlung ist vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.

Pöischwitz. Sitzung Mittwoch den 27. Mai in Moisdorf bei John. Damen herzlichst eingeladen.

Waltersdorf. Sitzung mit Damen Mittwoch den 27. Mai in der grünen Aue in Reuthau. Vortrag: „Bismarcks Politik 1864—1870“ Fortsetzung (Koll. Lorenz). Die Kollegen des Primkenauer Vereins sind mit ihren werten Damen freundlichst eingeladen.

Landesverein Preußischer Volksschullehrerinnen.

Die siebente ordentliche Versammlung des Landesvereins Preußischer Volksschullehrerinnen wird in den Pfingstferien dieses Jahres vom 8.—10. Juni in Breslau tagen. Volksschullehrerinnen aus allen Provinzen sind bereits angemeldet. „Staatsschule und Kommunalschule“ und „Volksschule und erwerbstätige Mutter“ werden in den beiden öffentlichen Versammlungen Gegenstand der Verhandlungen sein.

Deutsches Lehrerheim zu Schreiberhau.

Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins „Deutsches Lehrerheim“ findet Montag den 6. Juli, nachm. 2 Uhr im Lehrerheim zu Schreiberhau statt und es werden zu derselben alle Mitglieder ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorstandswahl. Es scheiden satzungsgemäß aus die Herren Röhl-Berlin, Dunkel-Cottbus, Gallee-Berlin, Gürke-Bunzlau, Janke-Potsdam, Schleier-Breslau, Schmidt-Hirschberg, Reißmann und Schwärzel-Magdeburg. — Außerdem scheiden die Herren Tiffe-Hirschberg und Nickisch-Breslau freiwillig aus.
2. Mitteilung des Jahresberichts für 1907.
3. Mitteilung des Geschäfts- und Kassenberichts für 1906 und 1907.
4. Bericht der Rechnungsrevisions-Kommissionen Posen und Danzig.
5. Feststellung des Haushaltungsplanes auf das Jahr 1908.
6. Antrag der Geschäftsführenden Kommission auf Änderung des § 11 Absatz 2 der Satzungen:
Der jetzige Wortlaut: „Die Wahl jedes einzelnen Vorstandsmitgliedes ist in einem besonderen Wahlgange zu bewirken,“ möge in Zukunft lauten: „Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt in einem einzigen Wahlgange.“
7. Berichterstattung über die Änderung des Vertrages mit dem Hausverwalter des Lehrerheims, betr. die Lichtenanlage.
8. Bericht über die seitherige Stellungnahme der Provinzial-Vorstände zum Tiffeschen Vorschlage, betr. Änderung der Beitragsleistung.
9. Anträge der Pflugschaft Breslau:
 - a) Die Hauptversammlung wolle beschließen, nach Erledigung des Besoldungsgesetzes unverzüglich mit einer allgemeinen Sammlung für ein zweites Heim in ganz Preußen vorzugehen.
 - b) Erörterung der Frage mit Beschlüßfassung:
 - aa) Ist die Hauptversammlung grundsätzlich damit einverstanden, daß im Lehrerheim für das ganze Jahr oder für kürzere Zeit 1—2 Zimmer an eine Pflugschaft vermietet werden? und wenn ja:
 - bb) Welche Bedingungen werden an eine derartige Vermietung geknüpft?
10. Etwaige Mitteilungen aus der Vorstandssitzung.
11. Beschlüßfassung über Zeit und Ort der nächstjährigen Hauptversammlung.

Hirschberg i/Schl. den 6. Mai 1908.

P. Hoehne,
Vorsitzender.

Ehemalige Kreuzburger in Breslau!

Der Urlaub zur Teilnahme am 50jährigen Seminar-Jubiläum ist für alle hiesigen Teilnehmer für Freitag den 5. Juni bewilligt. Bitte um Angabe von Namen und Schulnummer, damit ich bis zum 25. Mai ein Verzeichnis der hiesigen Teilnehmer an die Herren Schulinspektoren einreichen kann, wodurch sich ein besonderes Urlaubsgesuch jedes Einzelnen erübrigt.

Schwinsitzky, Breslau II, Kantstr. 26 I.

Rezensionen.

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts. 1. bis 3. Heft à 2 M.
Verlag von E. A. Seemann. Leipzig 1908.

Dieses groß angelegte Werk will in 20 Heften von je 5 Blatt auf Karton in 100 farbigen Reproduktionen nach Gemälden hervorragender deutscher Meister des 19. Jahrhunderts einen Überblick dessen geben, was seit Anfang des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiete der Malerei geleistet worden ist. Jedem Blatt der in Folioformat erscheinenden Sammlung geht eine von Fachmännern geschriebene Würdigung des Gemäldes und seines Meisters in geschmackvollem besonderen Druck voraus. Die vorliegenden ersten Hefte bieten Gemälde von Hasemann, Feuerbach, Burnitz, Klinger, Schuch, Leibl, Voltz, Bartels, Schleich, Lenbach, Dill, Baisch, Schönfelder, Lessing, Kalkreuth. Die Wiedergabe der Gemälde nach Farbenschönheit und -treue, sowie nach Klarheit des Ausdrucks ist eine sehr treffliche, so daß der Besitz der Sammlung dieser prachtvollen Farbendrucke eine Galerie moderner Gemälde zu ersetzen geeignet ist. Auch als Wandschmuck können diese Reproduktionen verwendet werden.

Johann Hinrich Wichern. Sein Leben und seine bleibende Bedeutung. Nebst Vorschlägen und Material für die Jubiläumsfeier. Festschrift zu seinem 100. Geburtstage am 21. April 1908. Von D. Theodor Schäfer, Pastor, Direktor der Diakonissenanstalt zu Altona. Mit Wicherns Bildnis. 2 M., gebunden 2,50 M. (Verlag von C. Bertelsmann in Gütersloh.)

Noch öfter dürfte auch in Schulen auf die Bedeutung dieses Vaters der inneren Mission hingewiesen werden. Vorliegendes Buch bietet reiches Material.

Städtisches Schulmuseum zu Breslau.

Aus dem Verwaltungsberichte für 1907—1908.

Das Wachstum und der gegenwärtige Bestand der 6 Hauptabteilungen ist aus folgender Übersicht zu ersehen:

Abteilung:	31. März 1907:	31. März 1908:
I. Schulbau und Schuleinrichtung . . .	487,	528 Nrn.
II. Schulhygiene und Schulstatistik . .	23,	26 „
III. Lehrmittel (einzelne Stücke und abgeschlossene Sammlungen) . . .	1587,	1696 „
IV. Künstlerischer Wandschmuck für Schule und Haus	248,	252 „
V. Bibliothek.	{ 5251,	{ 5524 Titel
	{ 7387,	{ 7730 Bde.
VI. Autographen, Büsten und Bilder hervorragender Schulmänner.	82,	86 Nrn.

Der Wert der geschenkten Stücke ohne die Bücher beträgt 513,10 M. Besonders dankenswerte Zuwendungen haben die Firmen George Westermann in Braunschweig, Ferdinand Hirt in Breslau und Ferdinand Hirt & Sohn in Leipzig, Frommann & Morian in Darmstadt, Priebatsch in Breslau und Max Leipelt in Warmbrunn gemacht. Aus Mitteln des Etats wurden für Neuanschaffungen 678,99 M. aufgewendet. Dazu kommen noch 520 M. aus dem Haupt-Extraordinarium der Stadt, die zum Ankauf einer wertvollen Studien-

[Fortsetzung in der zweiten Beilage.]

Pianos!



von größter Haltbarkeit und Tonschönheit empfiehlt in allen Preislagen bei kulanter Zahlungsweise und kostenloser Probeflieferung.

Prachtkatalog kostenlos.

Gegr. 1853.

G. Wolkenhauer, Stettin

Pianoforte-Fabrik. — Hoflieferant.

Ehrenmitglied [387 D

der Pestalozzivereine der Provinzen Pommern und Posen.

Überspielte preiswerte
Pianos stets vorrätig.

Unier

neuer

Lehrmittelkatalog

276 Seiten, reich illustriert

und sorgsam zusammengestellt, wird auf Wunsch gratis und franko verandt.

Empfohlen von der Königl. Regierung zu Breslau.

Wir bitten zu verlangen.

Priebatsch's Buchhandlung

Lehrmittel-Institut

Ring 58 Breslau Ring 58

Königliche ev. Präparandenanstalt Schmiedeberg i/R.

Nächste Aufnahmeprüfung: 7. und 8. August. — Anmeldung bis 25. Juli. Schulgeld: 36 M. jährlich. — Pension im Externat: 360 M., im Internat: 240 M. fürs Jahr. Unterstützungen an würdige und bedürftige Schüler bis 200 M. jährlich. 260 b]

A. Fehniger, Vorsteher.

Möbel.

Wir gewähren bei
Bareinkäufen auch
den Herren Lehrern
5% Rabatt.

Grösstes Etablissement für Wohnungs- Einrichtungen in jeder Preislage.

Streng reell. Enorm billige, streng feste Preise. Besichtigung erbeten.

Krimke & Comp., Breslau,

Neue Graupenstrasse 7, am Sonnenplatz.

Ausstellungsräume in sechs Etagen.

[214 19-26

Die Geburt eines kräftigen
Stammhalters (Werner) (Sonntags-
kind) zeigen hochehrent an
Brauchitschdorf, den 17. Mai 1908
Kantor **Fudel**
und Frau **Frieda** geb. **Bircke**.

Am 10. d. M. starb in **Breslau**

Herr Rektor emer.
Gottlieb Arndt

im Alter von 88 Jahren. Vom
Jahre 1843 an wirkte er an der
damals neugegründeten, zunächst
einklassigen evang. Volksschule in
Beuthen erst als Lehrer, dann viele
Jahre als Rektor bis zu seiner im
Jahre 1889 erfolgten Pensionierung
in segensreichster Weise. Uns war
er ein leuchtendes Vorbild in bezug
auf Fleiß und Berufstreue. Wir
werden sein Andenken stets in
hohen Ehren halten.

Das Lehrerkollegium der evang.
Volksschule zu Beuthen O/S.
I. A.: **Bandmann**.

Heute nacht starb nach schweren
Leiden unser Vereinsmitglied, der
Volksschullehrer

Franz Drutschmann

im Alter von 59 Jahren.
Er war ein Mitbegründer unseres
Vereins, ein stets treues Glied des-
selben, uns allen ein aufrichtiger
Freund. Wir werden seiner nie
vergessen.

Neisse, den 13. Mai 1908.
Der Neisser Lehrerverein.

Es hat Gott gefallen, nach jahre-
langem Leiden zu sich zu nehmen,
unsere unvergessliche, treusorgende
Gattin, Mutter und Schwiegermutter

Frau Berta Kluge

geb. **Mangliers**

im Alter von 56 $\frac{3}{4}$ Jahren.
Sie starb an Lungenentzündung
viel zu früh für die Ihren.

Trebnitz (Massel),
Militsch, Dahme, Berlin.

Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen
G. Kluge,
Organist und Hauptlehrer em.

Bekanntmachung.

An der städt. Volksschule hier-
selbst ist eine **Lehrerstelle**
schleunigst zu besetzen.

Grundgehalt 1000 M.

Alterszulagen à . . . 100 "

Mietsentschädigung 200 "

Bewerbungsgesuche mit Zeugnis-
abschriften und Lebenslauf werden
bis zum 23. Mai d. Js. von uns
entgegengenommen. [259 b

Senftenberg, den 8. Mai 1908.

Der Magistrat.



Es ist Ehrenpflicht aller schlesischen Schulen das große Unternehmen **Bilder aus Schlesien**

herausgegeben in Verbindung mit

R. Urbanek (Gleiwitz) und **B. Clemenz** (Liegnitz)

von **F. Priebatsch**

Künstlersteinzeichnungen für Heimatkunde, Anschauungsunterricht und
Schulschmuck. Schönste Schulbilder. (Bildgröße 100×73 cm)
zu unterstützen.

Erschienen sind:

1. Riesengrund mit der Schneekoppe
2. Der Breslauer Ring mit dem Rathaus
3. Eine oberschlesische Hüttenlandschaft

Preis per Bild 5 M.

Subskriptionspreis bis zur Vollendung des Unternehmens 4 M.; hierzu
Aufzug mit Leinwand mit Stäben 3 M., Rahmen von 3 M. an. Wechsel-
rahmen 6 M., mit Verglasung 10 M.

Prospekte gratis und franko.

Verlag von Priebatsch's Buchhandlung

Lehrmittel - Institut **Breslau**

Bekanntmachung.

Die Stelle der **Turn- und
Handarbeitslehrerin** an
den städtischen Schulen hier selbst
ist möglichst zum 1. August er-
neu zu besetzen. Das jährliche
Gehalt beträgt 500 M einschließlich
Mietsentschädigung. Dafür ist die
Stellen-Inhaberin verpflichtet, den
Turn- und Handarbeitsunterricht an
den genannten Schulen bis zu
einer wöchentlichen Stundenzahl
von 16 Unterrichtsstunden zu über-
nehmen. Bei zufriedenstellender
Leistung ist eine Zulage nicht aus-
geschlossen.

Die bisherige Inhaberin hatte für
Erteilung von Unterricht an anderen
Lehranstalten jährlich 120 M Neben-
einnahme.

Bewerbungsgesuche sind unter
Beifügung der erforderlichen Zeug-
nisse, eines Lebenslaufs und Ge-
sundheitsattestes bis zum 9. Juni er.
an den Magistrat einzureichen.

Militsch, den 13. Mai 1908.

Der Magistrat. [265 a/b

Schulöfen
Kirchenöfen
D. R. P.

Monatelang auf Probe!
E. Henn, Ofenfabrik, Kaiserslautern.

Emmer-
Pianos
und **Harmoniums.**
20jähr. Garantie, franco zur
Probe; bequeme Zahlungsweise, 5.
Barzahl. höchster Rabatt. Katalog
gratis. Firma gegründet 1870.
Berlin C., 28 Seydelstr. 20.

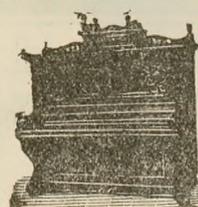
Seit Beginn des neuen Jahres erscheint auf Anregung des
»Schleiflichen Fortbildungsschulvereins« in dem unterzeichneten
Verlage

Die ostdeutsche Fortbildungsschule

eine Monatsschrift für das gesamte Fortbildungsschulwesen.
Empfohlen von der Königl. Regierung zu Allenstein (Ostpr.).
Probenummern gratis und franko.

Breslau **Priebatsch's Buchhandlung**
Ring 58

Schlesische Kreiskarten, Verlag von **H. Pertlus**, Leipzig 82.
Erschienen sind: **Freystadt**, **Glogau**, **Guhrau**, **Lauban**, **Liegnitz**,
Neiße, **Pleß**, **Ratibor**, **Steinau**, **Trebnitz** à 4 Pfg. [203 34-52



Hoffmann-Pianos

Mehrf. prämiert. Fabrik. - 20 J. Garant.
Georg Hoffmann, Hof-Pianofabrik
Berlin SW. 19 nur **Leipzigerstr. 50**
Den Herren Lehrern bedeut. Preisermäßigung sow. Zahlungserleichterung.
Für Zuweisung von Käufern zahle hohe
Provision!



sammlung, des Herbars von Reinhold Behnsch, und eines dazugehörigen Aufbewahrungsschranks verwendet wurden. Die Herichtung und Neuordnung dieser Sammlung, die mindestens 15000 Spannbogen in ca. 120 starken Mappen umfaßt, wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Bisher sind 94 Mappen fertiggestellt; nur die Familie der Kompositen, die ca. 25 Mappen füllt, ist noch zu bearbeiten.

Im August 1907 wurde als ein neuer Sammlungsweig eine Mustersammlung von Ansichtskarten aus der Provinz Schlesien und ihren Grenzgebieten eingerichtet. Dank der freundlichen Unterstützung schlesischer Lehrer und Lehrerinnen und einiger namhafter Verleger umfaßt die Sammlung schon gegen 450 Stück. Die reichste und schönste Kartenspende (203 Stück) verdanken wir dem Verlage von Max Leipelt in Warmbrunn.

Im Sommer 1907 ist unser Ausstellungsverzeichnis neu herausgekommen. Bisher sind 5 Ausgaben erschienen:

die erste v. J. 1895, umfaßte auf	34 Seiten	414 Nrn.
" zweite " 1899, " "	42 " "	673 " "
" dritte " 1902, " "	60 " "	902 " "
" vierte " 1903, " "	72 " "	1013 " "
" fünfte " 1907, enthält	113 " "	1434 " "

Die letzte Ausgabe wurde vom „Beirat für die Schulausstellungen“, die mit den allgemeinen Deutschen Lehrerversammlungen verbunden sind, als Grundlage für die Bearbeitung eines „Grundstockes der empfehlenswertesten Lehrmittel“ angenommen.

Im Berichtsjahre sind außerdem 2 Nachträge zur 6. Veröffentlichung des Museums erschienen; sie sind dem „Polnischen Schulmuseum“ in Lemberg und dem „Museum für nationale Erziehung“ in Santiago de Chile gewidmet.

In das zu freiwilliger Eintragung ausliegende Buch haben sich 1661 ortsangehörige und 491 auswärtige, insgesamt 2152 Personen eingetragen und zwar haben sich eingezeichnet:

	1906/07	1907/08	Pers.
Lehrer an Volks- und Mittelschulen	559,	620	"
Lehrer an höheren Schulen	4,	24	"
Präparanden- und Seminarlehrer	23,	29	"
Rektoren an Volks- und Mittelschulen	27,	37	"
Direktoren höherer Lehranstalten	2,	6	"
Schulaufsichtsbeamte	6,	6	"
Kindergärtnerinnen	5,	2	"
Lehrerinnen	145,	93	"
Schulvorsteherinnen	6,	15	"
Präparanden und Präparandinnen	31,	64	"
Seminaristen und Seminaristinnen	432,	482	"
Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten	573,	546	"
Studenten und Kandidaten	24,	38	"
Besucher anderer Art	185,	190	"

2022, 2152 Pers.

Unter den Besuchern befanden sich 12 Seminarkurse (im Vorjahr 10), 1 Mädchenschulklasse (i. V. 4) und 3 Vereine (i. V. 2); außerdem wurde das Museum von dem „Königl. Pädagogischen Seminar“ an der Ober-Realschule in Breslau und von 47 Teilnehmern an dem „Universitätskursus für Volksschullehrer“ besichtigt. Das VII. Deutsche Sängerefest hat dem Schulmuseum, das an 3 Tagen 7, 7 und 8 Stunden geöffnet war, nur 97 Besuche zugeführt.

Unter den Ausländern, die sich in das Besuchsregister eingezeichnet haben, waren 31 Österreicher, 3 Ungarn, 3 Tschechen, 6 Polen, 5 Russen, 2 Holländer, 2 Japaner und 1 Amerikanerin.

Die Benutzung der Bibliothek hat sich in den bisherigen Grenzen gehalten. Zu häuslicher Lektüre haben 97 Personen 165 Schriften entliehen.

Wie in den Vorjahren wurden während des Winterhalbjahrs die schönen Apparate für Versuche mit den neuen Strahlungsarten und mit Teslaströmen fast jeden Sonnabend vorgeführt; 4mal wurde vor Seminarkursen die geschichtliche Entwicklung der Rechenapparate ausführlich dargelegt. Im ganzen haben 34 Vorträge stattgefunden, im Vorjahr 36.

Der „Tauschvereinigung deutscher Schulmuseen“, die i. J. 1905 gegründet wurde und von Breslau aus geleitet wird, sind im Berichtsjahre abermals 2 neue Mitglieder beigetreten: das „Schulmuseum des Lehrervereins an der Elbe“ in Harburg und das „Nürnberger Schulmuseum“. Von den zurzeit bestehenden 37 deutschen Schulmuseen gehören nun 26 dem Verbands an und außerdem das „Dänische Schulmuseum“ in Kopenhagen. Im Jahre 1907/08 kamen 24 Schulmuseumsschriften in 644 Exemplaren zum Versand.

Außerdem tauschte das Breslauer Schulmuseum im Berichtsjahre mit 17 ausländischen Schwesteranstalten, mit der „Pädagogischen Bibliothek“ in Stockholm und mit dem „Erziehungsbureau“ in Washington, D. C. In fünfjährigem Tauschverkehr hat unser Institut an ausländische Schulmuseen 314 Schriften abgegeben und 318 erhalten. Neue Tauschverbindungen wurden mit dem „K. ungar. Landes-Lehrmittelmuseum“ in Budapest und mit dem „Museum für nationale Erziehung“ in Santiago de Chile angeknüpft.

An die Stelle des im Berichtsjahre verstorbenen Vorstandsmitgliedes, des Herrn Rektor Rud. Hantke, dessen Sammeleifer das Museum den Grundstock der Bibliothek verdankt, wurde vom „Breslauer Lehrerverein“ Herr Paul Giesel, Zeichenlehrer an der ev. Knaben-Mittelschule 1 hieselbst, gewählt. Die Wahl eines Vorstandsmitgliedes steht dem Verein zu laut Vertrag, den die Stadt bei Übernahme jener Büchersammlung mit dem „Verein evangelischer Lehrer Breslaus“ am 20. September 1889 geschlossen hat.

Im Auftrage des Präsidiums des „K. ungar. Landes-Lehrmittelmuseums“ in Budapest besuchte Schulinspektor adj. Dr. v. Nagy das Museum, um dessen Einrichtung und Betrieb kennen zu lernen. Andere, besonders werthe Besucher waren Stadtrat Dr. Julius Ziehen in Frankfurt a/M., Stadtschulrat Dr. Wehrhahn in Hannover und der Leiter des Städt. Schulmuseums in Berlin, Rektor W. Schumacher.

In Halle a/S. gedenkt Oberbürgermeister Dr. Rive ein Schulmuseum nach dem Muster unsres Instituts zu gründen. Zu diesem Zwecke erbat der Magistrat zu Halle alle unsere Abhandlungen und Kataloge. Außerdem wurden unsere Veröffentlichungen und darüber hinausgehende Notizen erbeten von dem „Sekretariat der Königl. Württembergischen Oberschulbehörde“ und der „Königl. Württembergischen Ministerialteilung für die höheren Schulen“. Ein Exemplar des Ausstellungsverzeichnisses wurde auf Wunsch der „Zentralstelle des Deutschen Städtetages“ und dem hiesigen „Königl. Serbischen Konsulat“ ausgehändigt.

Höchst erfreulich ist es, daß sich die Königliche Regierung zu Breslau für unser Schulmuseum sehr lebhaft interessiert und dessen Zwecke kräftig fördert. Ein neuer Beweis hierfür ist das an die Kreisschulinspektoren des Bezirks gerichtete Schreiben vom 6. Juli 1907, worin der Besuch unserer Sammlung „der Lehrerschaft des Bezirks, insbesondere den jüngeren Lehrern, die sich auf eine Prüfung vorbereiten, sowie denjenigen Schulleitern, welche in der Lage sind, neue Lehrmittel für ihre Schulen anschaffen zu können, auf das wärmste empfohlen“ wird.

Durch Vermittlung des Schulmuseums wurden im abgelaufenen Jahre 39 städtische Volksschulen und die 10 Hilfsschulen der Stadt mit Insektenbiologien von Julius Arntz in Elberfeld ausgestattet. Insgesamt wurden in den letzten 3 Jahren 149 städtische Schulen mit 863 solcher Zusammenstellungen versorgt.

Auf Empfehlung durch die Museumsleitung hat die städt. Schuldeputation das schöne und nicht teure „Handmikroskop für Lehrinstitute“ von R. Winkel in Göttingen, und zwar das Modell v. J. 1907, das auf der vorjährigen „Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte“ zum erstenmal ausgestellt war, in die städtischen Volksschulen eingeführt.

Die Gesamtausgaben im abgelaufenen Betriebsjahre betragen 4811,63 M.

Breslau, den 1. April 1908.

I. A.: M. Hübner.

Briefkasten.

Mehrere Artikel mußten unter dem naturgemäßen Andränge der letzten Tage bis auf weiteres zurückgestellt werden. In große Bedrängnis geraten wir durch längere Eingänge erst am Montag. Nur zu einem geringen Teil konnten wir sie berücksichtigen. Es bleibt uns nichts übrig, als in diesem Punkte kurz abweisend zu handeln. — A. hier. „Elften Sommer“ in Satz gegeben. Muß ja demnächst erledigt werden. — Kg. hier. Noch ein wenig Geduld. — B. hier. Weil sehr zeitgemäß, schon nächste No. — Ff. Jetzt Reisebericht? Sind Sie allein unter den Fremdlingen, der nicht weiß, was in diesen Tagen geschehen ist? — H. in W. Wenn Sie den Art. erst in 6 bis 8 Wochen einsenden wollen, dann soll er uns recht sein. — O. in L. Wir glauben auch, daß ein „solches Geschreibsel“ keine große Wirkung haben wird. — Zz. Das war eine schwere Schlußlektion. Ob es unter Anspannung aller Kräfte noch möglich sein wird, das können wir erst kurz vor Schluß sehen. — Frd. G., R., M. und andere bedrückte Seelen. Garantien müssen Sie selbst in diesem Falle verlangen. Das sind nun einmal Gewissensfragen. Läßt sich keine Versammlung herbeiführen, lediglich zu diesem Zwecke? Ein Brief würde nötigenfalls auch genügen; die Antwort müßte aber zu allgemeiner Nachachtung veröffentlicht werden. Wir schreiben noch besonders. — Frd. M. in L. Wünschten manchmal, jetzt beieinander zu sein zu erstem Gedankenaustausch. Wochenschau ergab beim besten Willen keine Anknüpfung, mußten auch plötzlich abrechnen. Gruß! — W. in A. Im Gegenteil. Lesen Sie die heutige Wochenschau. — Einige Anfragen kurz vor Schluß eingegangen.

Foulard-Seide v. 95 Pf. ab

— Zollfrei! — Muster an Jedermann! —

Henneberg, alt Seidenfabrik, Zürich.

Soennecken's Schulfeder Nr 111
1 Gros
M 1. — Nr 111
Beste Schulfeder * Überall vorrätig
F. Soennecken Schreibfedernfabr. Bonn

Unentbehrlich für den Rechen-
unterricht in der Zahlreihe 1-1000.
Man verlange Prospekte über die
P. Kytzia'sche Rechenmaschine
von dem Lehrer [208 h/k
P. Kytzia-Roßberg-Beuthen O/S.



Wever's Mischung
aus edlen amerit. Tabaken, sehr
mild, angenehm und beförmlich, ist
unverricht.
10 Pfd. Beutel **M 8.** — } frt.
5 " " " **4.25** }
Amerit. Tabak von 40 % an.
Preisliste gratis und franco.
August Wever, Hildesheim.

Verbands- **Patent-Bureau** [198
Bruno Nöldner, Ingenieur.
Erwirkung von Patenten, Gebrauchsmustern, Warenzeichen im In- und Ausland.
Breslau I. Ohlauerstraße 18. Telephon 9448.
Soeben erschienen

Landeskunde
der Provinz **Schlesien**
25 Pf.
= Ein kurzgefaßtes, reich =
illustriertes Hilfsbüchlein zur
schlesischen Heimatkunde.
Priebatsch's Buchhandlung
Breslau
Lehrmittel-Institut

MANNBORG,
Erste Harmonium-
fabrik in Deutsch-
land nach Sangwind-System.
Harmoniums
in höchster Vollendung.
Von den kleinsten bis zu den
kostbarsten Werken.
Höchste Auszeichnungen.
Fabrik: Leipzig-Lindenu, Angerstrasse 38.

Ed. Seiler
Pianofortefabrik, G. m. b. H.
Liegnitz 124
Filiale: Breslau, Gartenstr. 48/52
liefert [197
Flügel u.
Pianinos
von vorzüglicher Haltbarkeit,
Tonfülle und Spielart.
38 000 Instrumente gefertigt.
22 erste Preise.
Harmoniumlager.

Sommerfrische
Reichenstein,
malerisch am Fuße des Jauersberges
gelegenes Gebirgsstädtchen, 348 Met.
Seehöhe, herrliche, schattige, in 5 Mi-
nuten zu erreichende Waldwege mit
schönen Fernsichten, Schlackental, un-
mittelbar a. d. österreichischen Gren-
ze, Arzt, Apotheke, Bäder, Fernspre-
anlage am Orte. Hochquellenleitung.
Täglich 3 mal Bahnverbindung
von und nach Camenz, Anschluß an
die Sonntags-Sonderzüge, Sommer-
frischer-Wohnungen vermittelt die
Ortsgruppe des Glatzer Gebirgs-Vereins.

Stoffe
aus
Volkswirtschaftslehre und Gesetzeskunde
nebst einem Anhang:
Die geschichtliche Entwicklung des Handwerks.
Ein Lehr- und Lernbuch für alle Klassen
der gewerblichen Fortbildungsschule.
Bearbeitet von
Georg Mantel,
Fachlehrer an der städt. gewerbl. Fortbildungsschule zu Breslau.

Inhalt:
A. Die Verwaltung von Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat und Reich. — B. Die Arbeit. 1. Ursache und Wesen der Arbeit. 2. Stoffe der Arbeit. 2. Stätten der Arbeit. a) Gewerbe, b) Handwerk, c) Industrie. 4. Die Arbeitsteilung. 5. Warum soll und kann der Handwerker Maschinen in seiner Werkstatt verwenden? 6. Beförderung der Arbeitsstoffe und Arbeitserzeugnisse. a) Ursachen der Beförderung, b) Der Handel, c) Verkehrswege und Verkehrsmittel, d) Die wichtigsten deutschen Kanäle, Schienenwege und Dampferlinien. — C. Das Kapital. 1. Wesen und Arten des Kapitals. 2. Geld, Münzen, Währung. 3. Kredit und Kapitalanlage. Formen des Kredits. 4. Kreditnehmer und Kreditgeber. Arten des Kredits. 5. Sparkassen. — D. Schutz des Unternehmers, seiner Arbeit und seiner Arbeiter. I. Selbstschutz. 1. Kurze, aber beachtenswerte Winke für einen Handwerker, der sich selbständig machen will. 2. Die Versicherungen. 3. Das Genossenschaftswesen. Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Handwerker. Voraussetzungen für eine leistungsfähige Genossenschaft. Zweck der Genossenschaft. Gründung. Verwaltung. Die Mitglieder. Die Haftpflicht. Der Reservefonds. Die Prüfung. Die für den Handwerker in Betracht kommenden (Genossenschaften). 4. Samariterdienste. a) Laienhilfe bei Wunden, b) Hilfeleistung bei Verbrennung und Verbrühung, c) Hilfe bei Verätzungen. II. Staatsschutz. 1. Staatliche Versicherungen. a) Die Krankenversicherung, b) Die Unfallversicherung, c) Die Invalidenversicherung. 2. Patent, Musterschutz, Markenschutz. a) Das Patent, b) Der Musterschutz, c) Der Markenschutz. 3. Unlauterer Wettbewerb. 4. Das Gewerbegericht. 5. Das Wichtigste aus der Zivilprozeßordnung. a) Das Mahnverfahren, b) Das Klageverfahren. 6. Die Konkursordnung. — Anhang. Die geschichtliche Entwicklung des Handwerks. 1. Das Handwerk in der deutschen Urzeit. 2. Die Entstehung eines besonderen und selbständigen Handwerkerstandes. 3. Die Zünfte. 4. Die Gewerbefreiheit. 5. Die Gewerbeordnung. A) Der Gewerbebetrieb, B) Der Gewerbetreibende, C) Der Lehrling, D) Der Geselle, E) Die öffentlichen Vertretungen der Gewerbetreibenden. Innungen, Handwerkskammern.
Preis 80 Pf.

Gegen Einsendung von 1 M in deutschen Briefmarken senden wir franko und zollfrei ein **großes**, schön verziertes, vernickelt und emailliertes **Türschild** für Zimmertür oder Haustür mit eingravirtem Namen des Bestellers oder einem sonstigen beliebigen Namen. Das hochelegante Schild ist durchaus wetterbeständig. **Des noblen Eindrucks wegen, den ein Namenschild auf den Besucher macht, sollte niemand die kleine Ausgabe scheuen.**
Man adressiere (Briefe 20 Pf., Karte 10 Pf. Porto) an die Firma:
Industrie für neue Erfindungen,
266 a/f] **VALKENBURG** (Limburg) Holland.

Priebatsch's Buchhandlung
Breslau.
Lehrmittel-Institut.

PIANOS von 380 an **HARMONIUMS** von 33 an
Höchster Rabatt. Kleine Raten. Miete. Prachtkatalog B 35 gratis.
Größter Umsatz. Allergünstigste Bezugsquelle. Firma 1851 gegr.
WILH. RUDOLPH, Hoflieferant, GIESSEN Obweg 52.

J. Grosspietsch,
Inh. R. Heckel.
Königl. Sächsischer und Herzoglich Mecklenb. Hoflieferant.
Breslau II,
Schweidnitzer Stadtgraben 22.
Fernsprecher 136.
Flügel, Pianinos, Harmoniums.
Klavierspielapparat **Pianóla.** [195
Gebrauchte und sorgfältigst wiederhergestellte Instrumente stets in Auswahl vorrätig.

Spremlberger Tuchstoffe
sind weltbekannt. Verlangen Sie portofreie Zusendung meiner neuesten **Muster-Kollektionen in** [103k
Herren-Anzug- und Paletotstoffen
Damenkleider- und Blusenstoffen
Fritz Teschner, Versandhaus, Spremlberg, L.